

DP

DEUTSCHE POLIZEI

09/26

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Funkstreifenwagen der Zukunft

**Höchste Zeit
für was Neues**

GESICHERT!

Wir machen Deine Pflicht zu unserer Verantwortung.

Die Pflegepflichtabsicherung der PVAG

Auch junge Menschen wie Du als Polizeianwärterin oder Polizeianwärter können durch einen Unfall, eine Krankheit oder eine Behinderung plötzlich pflegebedürftig werden. Deshalb ist die Pflegepflichtversicherung für Polizeibeamte gesetzlich vorgeschrieben. Ab Dienstbeginn musst Du sie innerhalb von drei Monaten abgeschlossen haben.

Solltest Du pflegebedürftig werden, steht die private Pflegepflichtversicherung hinter Dir und unterstützt Dich mit Sach- und/oder Geldleistungen, um Dich und deine Angehörigen zu entlasten.

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

Titel

Polizeifahrzeug der Zukunft



2 Höchste Zeit für was Neues

Schwerpunkt

GdP-Online-Gespräch



10 Wer zahlt die Zeche?

Innenleben Europa

7 Safe mit ROADPOL

Innenleben

8 Das geht uns alle an!

Drohnenattacke am Leipziger Flughafen



12 Intensive Bedrohung

14 Macherin in MV

17 Nachrichtendienste stärken

30 Starke Partnerschaft für moderne Mobilität

32 Danke!

Hingeschaut

13 Ampel aus, was dann?

25 Jahre 9/11



18 Wir erinnern ...

20 Drüber und raus

22 Lassen uns nicht spalten!

24 In Forschung

26 Kompass in unsicheren Zeiten

32 Impressum

Bald ist es soweit!

Und der Bundeskongress nimmt weiter Formen an: Zwischenzeitlich tagte die sogenannte Antragsberatungskommission (ABK) der Gewerkschaft der Polizei. Diese erörterte 334 Anträge aus der gesamten GdP-Familie und sprach Empfehlungen für die spätere Debatte und die Abstimmung auf dem Bundesdelegiertentag aus. Aus den Anträgen leitet sich die Ausrichtung der gesamten Organisation für mindestens die nächsten vier Jahre ab. Die geänderte Sicherheits- und Bedrohungslage erfordert eine starke Positionierung in den Kernthemen der GdP – so viel sei schon jetzt verraten. Die Mitglieder der GdP haben sich aktiv und laut in die gewerkschaftliche Ausrichtung eingebracht, der Bundeskongress wird dann debattieren und beschließen.

Wir stärken was schützt

28. Ordentlicher Bundeskongress



Gewerkschaft
der Polizei



POLIZEIFAHRZEUG DER ZUKUNFT

Höchste Zeit für was Neues





Moderne Polizeiarbeit benötigt moderne Mobilität. Zukunftsfähige Streifenwagen und eine verlässliche Infrastruktur sorgen dafür, dass wir auch morgen nicht auf der Strecke bleiben.

Meike to Baben

Vorsitzende des BFA Schutzpolizei

Der Funkstreifenwagen ist das zweite Zuhause vieler Kolleginnen und Kollegen. Irgendwann hat das Zuhause mehr als einen neuen Anstrich nötig. Der GdP-Bundesfachausschuss Schutzpolizei (BFA Schupo) hat gute Ideen.

Das Polizeifahrzeug der Zukunft verkörpert modernste Technologie. Klar, was sonst!

Natürlich muss es allerorten verlässlich funktionieren und bestmögliche Unterstützung bieten – ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob am Tag oder in der Nacht. Wer sich noch an die TV-Serie „Knight Rider“ erinnert, hat womöglich einen Eindruck, in welche Richtung sich der FuStW X.o entwickeln soll. Für alle Spätgeborenen dieser Hinweis: Zwischen 1982 und 1986 produzierten findig-kreative Filmmenschen diese hierzulande sehr beliebte US-amerikanische Fernsehserie. Das Drehbuch der Krimi-Actionserie, gespickt mit Science-Fiction-Elementen, zeigt das Zusammenspiel eines ehemaligen US-Polizisten und des mit künstlicher Intelligenz ausgestatteten Autos „K.I.T.T.“

Das Auto ist nahezu unzerstörbar und verfügt etwa über einen Turbo-Boost, eine Seitenkippfunktion, einen Scanner, einen Entershaken, eine Seilwinde ... das Lesen des Betriebshandbuchs dürfte sicherlich längere Zeit in Anspruch nehmen. Ein äußerst spannendes Detail ist im Übrigen der sogenannte Silent Mode: Einmal auf den richtigen Knopf gedrückt oder man spricht einfach mit dem Auto, das natürlich antwortet, und schon wird es still. Warum? K.I.T.T. cruist mit einem unauffälligen, leisen Motorgeräusch. Kenner munkeln, dass der Sportflitzer eventuell batterieelektrisch angetrieben wird. Und schon wird unser eigentliches Thema plastisch:

Unser FuStW-Expertengremium hat nämlich sehr konkrete Vorstellungen: „Ausgestattet mit fortschrittlichen KI-Systemen, autonomer Fahrtechnik und nachhaltigen Energiequellen unterstützen Mobilität und Technik die proaktive Kriminalitätsbekämpfung sowie rasche Notfallreaktionen.

Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse helfen den Einsatzkräften, vor Ort präzise Entscheidungen zu treffen. Parallel dazu läuft der nahtlose Informationsaustausch mit Einsatzzentralen und anderen Einheiten – was die Zusammenarbeit erheblich verbessert. Komfortable und ergonomische Designs fördern zudem das Wohlbefinden der Beamten, während das emissionsfreie Antriebssystem zur Umweltfreundlichkeit beiträgt. Ein solches zukunftsfestes Fahrzeug wäre mehr als ein Werkzeug und ein Arbeitsplatz, es wäre ein strategischer Partner der Polizeibeschäftigten in ihrem Dienst für die Gemeinschaft.“

Wer jetzt denkt: Okay. Leute, träumt weiter, weiß wahrscheinlich aus Erfahrung, dass manches bei der Polizei ein wenig länger dauern kann. Wer jedoch nicht anfängt und vorangeht, kommt erst gar nicht an den Start. Und dafür gibt es ja unsere GdP.

Gehen wir ins Detail ...

Der BFA Schupo regt ein Umdenken in der Polizei an. Die sei sogar erforderlich! Denn: Die Polizei muss ihre Einsatzerfahrungen anhand von Fahrprofilen/Telematik-Daten, örtlichen Begebenheiten, etwa städtisch/ländlich, Höhenunterschieden und Distanzen sowie dem Einsatzzweck in ihr Fuhrparkmanagement einfließen lassen. Der Denk-Schwerpunkt sollte dringend auf der Integration neuer Mobilitätsformen liegen – mit besonderem Blick auf den örtlichen Kontext:

In urbanen Räumen sind Elektrofahrzeuge wegen meist kurzer Einsatzdistanzen und einer vergleichsweise gut ausgebauten Ladeinfrastruktur besonders geeignet. Der Antrieb profitiert von häufigem Bremsen und Anfahren (Rekuperation). Autonome Technologien könnten helfen, Staus zu umgehen oder schneller alternative Routen zu finden.

Auf dem Land erschweren weite Einsatzgebiete, lange Entfernungen zwischen Einsatzorten und die teils fehlende Ladeinfrastruktur den E-FuStW-Einsatz. Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge oder Hybridlösungen könnten die Alternative sein. Mit auf dem Plan: etwa Schneefall oder schlechte Straßenverhältnisse. Dies beeinflusst den Ener-



Meike to Baben ist Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei.



gieverbrauch und die Fahrzeugnutzung maßgeblich. Auch Steigungen verbrauchen mehr Energie, bei Abfahrten kommt erneut die Rekuperation ins Spiel. Gebirgiges Gelände erfordert in jedem Fall eine solide Planung.

Nicht zuletzt stellen Distanzen und Einsatzzeiten kritische Planungsfaktoren dar. Ein ständig verfügbares E-Einsatzfahrzeug steht trotzdem an der Ladesäule. Auch die Betankungszeiten bei Wasserstoffmodellen gehören geplant und in eine kluge Strategie gefasst. Diese würde Fahrzeuge mit verschiedenen Antriebstechnologien gezielt in passenden Gebieten stationieren und Ersatzfahrzeuge flexibel vorhalten.

Die Transformation des klassischen Polizeifahrzeugs hin zum „Software Designed Car“ ist ein Muss, sagt das Expertengremium. Es sei denn, die Polizei will darauf verzichten, ihre Einsätze effizienter, sicherer und moderner zu gestalten. Aber das möchte sie sicherlich nicht, oder?

Die Top-Thesen:

- ▶ Die Fahrzeugverwaltung und -steuerung muss in die IT-Landschaft integriert werden.
- ▶ Einheitliche Standards und ein föderaler Ansatz für Harmonie zwischen Systemen und Technologien. Das bietet auch mehr Schutz vor Cyberangriffen.
- ▶ Fortschritte in der Fahrassistenztechnologie und der Interaktion zwischen Fahrzeugen machen den Arbeitsplatz FuStW für Kolleginnen und Kollegen effizienter und sicherer.
- ▶ Die Interaktion zwischen Menschen und Maschinen kann komplex sein. Das kann entlasten, andererseits birgt diese die Gefahr der menschlichen Überforderung in bestimmten, teils von Emotionen beeinflussten Lebenssituationen.
- ▶ Intuitives Bedienen und übersichtlich angeordnete Funktionen vermeiden Überforderung in dynamischen Einsatzlagen.
- ▶ Das starke Beschleunigen und hohe Geschwindigkeitspotenziale können einsatztaktisch nützlich sein – doch auch das Unfallrisiko steigt.
- ▶ Im Wagen vorhandene Systeme müssen rasch und einfach abschaltbar sein, um den Einsatzserfolg nicht zu gefährden, etwa die Fahrzeugbeleuchtung bei Öffnen und Verriegeln oder der Notbrems- oder Spurhalteassistent.

Funkstreifenwagen

Polizeifahrzeug der Zukunft



Zum Positionspapier
„Funkstreifenwagen:
Polizeifahrzeug der Zukunft“

- Integrierte Kameras und Bildschirme ermöglichen der Fahrzeugbesatzung einen Rundumblick. Sie erkennen die Fahrzeugumgebung, „lesen“ die Verkehrssituation und erfassen die Blickrichtung und Reaktion des Fahrzeugführers mit Blick auf mögliche Gefahrensituationen. Ferner können sie zudem die Grundlage für eine Dokumentation des Einsatzgeschehens bilden – Videoeigensicherungsanlagen (VESA) – und eine Dashcam-Funktion übernehmen.
- Wie wäre es mit einem Fußtaster zur Bedienung der Sondersignalanlage?
- Unsere mobilen Arbeitsplätze müssen robust sein und hohen Ansprüchen an die Arbeitssicherheit, den Gesundheitsschutz sowie die Eigensicherung genügen. Dort muss mobile Sachbearbeitung ermöglicht werden. Einige Polizeien machen das bereits vor, dennoch: Besser geht immer.

Wie sitzt die Polizei?

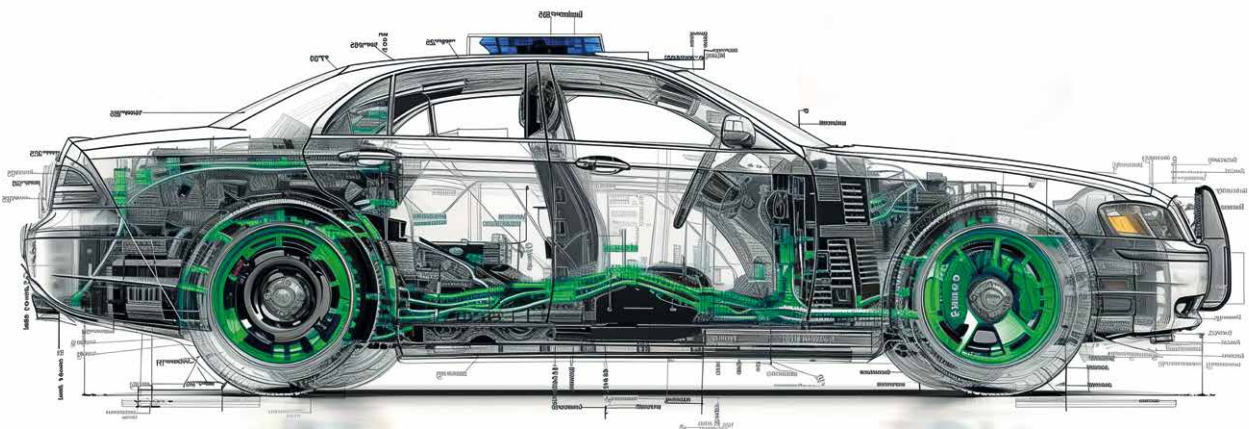
In unseren FuStW sitzen wir noch immer auf den vom Hersteller serienmäßig verbauten Standardsitzen. In unseren Büros ist deutlich mehr Ergonomie „spürbar“.

Um Gesundheitsschäden vorzubeugen, sollte der Sitz für Fahrende und Beifahrende ergonomisch, also optimal geformt, und damit angenehm sein sowie genügend Seitenhalt bieten. Der Bereich der Sitzlehne und -fläche und der Rückhaltesysteme muss trotz getragener Ausrüstungsgegenstände am Koppel und der Schutzweste gleichermaßen Sitzkomfort und Sicherheit gewährleisten sowie ein bequemes Ein- und Aussteigen ermöglichen.

Botschaft an die Beschaffer

Diese wichtigen Kolleginnen und Kollegen sollten frühzeitig Einfluss nehmen auf:

- Laderaumvolumen, Gesamtstellfläche und maximale Zuladung der Koffer- und Laderäume. Ausreichend Platz für alle erforderlichen Arbeitsmaterialien muss vorhanden sein. Klar, dass diese sicher im Fahrzeug verstaut werden können müssen, um den rechtlichen Voraussetzungen der Ladungssicherung zu genügen und die Verletzungsrisiken für alle Insassen im Falle eines Unfalles zu verringern. Bitte Einschränkungen bei Fahrzeugen mit alternativen Antrieben bedenken.
- Intelligente Raumplanung. Gut zu wissen: Viele Hersteller bieten Heckladesysteme für BOS-Fahrzeuge an, mit denen die Führungs- und Einsatzmittel sicher und übersichtlich verwahrt werden können und ein schneller Zugriff ermöglicht ist. Und: Idealerweise werden Streifenwagen innerhalb einer Organisationseinheit einheitlich beladen und die Laderäume ebenso beschriftet – Vorteile: vereinfachter Zugriff, wertvolle Zeitersparnis, vereinfachtes Abrüsten bei Werkstattaufenthalten und professionelles Erscheinungsbild nach außen,
- beim Personentransport berücksichtigt werden müssten starke Alkoholisierung, Widerstand und Körperumfang. Die Eigensicherung verbessert eine bauliche Trennung zwischen Fahrgastraum und vorderen Sitzen an, die einen unbefugten Zugriff auf die Einsatzmittel verhindert.





”

Der Streifenwagen ist unser Arbeitsplatz. Wir wollen diesen auf einem ganzheitlich bestmöglichen Stand. Robust, sicher, verlässlich, leicht zu bedienen und komfortabel. Nicht mehr und nicht weniger für einen mit Blick auf die Rahmenbedingungen angenehmen Arbeitstag.

BFA Schutzpolizei

Auf einen Blick:

- ▶ Die Einsatzfahrzeuge müssen an die jeweiligen Bedarfe angepasst sein.
- ▶ Wenn sich die Antriebsart ändert, muss diese zweckmäßig und sicher für die Polizei und ihre Aufgaben sein.
- ▶ Die dazugehörige Ladeinfrastruktur muss ausreichend vorhanden sein.
- ▶ Fahrzeuge müssen in ausreichendem Maße und zweckgebunden vorhanden sein.
- ▶ Fortbildung im Bereich der Fahrzeuge muss wieder einfließen, insbesondere das Fahrsicherheitstraining.
- ▶ Einsatzfahrzeuge müssen als mobile Arbeitsplätze den hohen Ansprüchen an die Arbeitssicherheit, den Gesundheitsschutz und die Eigensicherung genügen.
- ▶ Fahrassistenten, Sicherheits- und Komfortausstattung müssen auf die individuellen Bedürfnisse der Polizei anpassbar sein.
- ▶ Die Polizeien des Bundes und der Länder sollten sich zu Verbänden zusammenschließen, um durch diese Kooperationen das Interesse der Hersteller zur Entwicklung individueller Polizeifahrzeuge zu wecken. ■

VERKEHRSSICHERHEITSARBEIT

Safe mit ROADPOL

Zweimal jährlich fällt der Startschuss für den „Blitzermarathon“. Die internationale Dimension dieser übergreifenden Tempokontrolle ist vielen nicht bekannt.

Gerd Thielmann und Achim Raupach

„Trotz Vorankündigung und hoher Spritpreise. Mehr als 10.000 Fahrer zu schnell beim Blitzermarathon. Bilanz beim Blitzermarathon: Auch dieses Jahr erwischte die Polizei bei ihrer Anti-Raser-Aktion tausende Fahrer. Dabei gab es auch einige heftige Fälle, die zu Fahrverboten führten“, so die Einleitung eines Artikels der hessenschau im April 2026.

Was die betroffenen Fahrerinnen und Fahrer sicherlich nicht wussten: dass sie ihr Los mit Hunderttausenden in Europa teilten. Dass sie just an diesem Tag erwischt wurden, beruht auf einer Idee eines europäischen Netzwerkes namens ROADPOL.

Seit dem Jahr 1996 besteht ROADPOL (European Roads Policing Network) als European Traffic Police Network (ehemals als TISPOL in Großbritannien gegründet). ROADPOL ist zwischenzeitlich als europäisches verkehrspolizeiliches Netzwerk anerkannt. Diese Nichtregierungsorganisation hat – nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU – ihren Sitz in Deutschland als ein „eingetragener Verein“. Das Netzwerk arbeitet eng mit staatlichen EU-Institutionen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit zusammen, etwa mit der Generaldirektion Mobilität und Verkehr (DG MOVE) bei der EU-Kommission.

Vordringliche Ziele:

- ▶ Das Vertreten einer fachlichen europäischen Polizeimeinung zu Themen der Verkehrssicherheit in der EU.
- ▶ Das Betreiben und Initiieren von Forschungsprojekten im Bereich der Verkehrssicherheit.
- ▶ Das Unterstützen der Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch der europäischen Verkehrspolizeien.

Wer ist ROADPOL?

Mit Stand April dieses Jahres sind nahezu alle EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Serbien, die Schweiz, die Türkei und Großbritannien ROADPOL-Mitglieder. Als Beobachter fungieren die Vereinigten Arabischen

Emirate (Dubai-Polizei), Bosnien-Herzegovina, Nord-Mazedonien und der Kosovo. Deutschland wird bei ROADPOL durch das Land Rheinland-Pfalz vertreten.

Die Vertreter der Mitgliedsstaaten bilden den Council (Vollversammlung), der zweimal im Jahr tagt. Das Leitungsgremium (Executive Committee) besteht aus einem für jeweils ein Jahr gewählten Präsidenten, dem Vizepräsidenten, einem Generalsekretär, dem Leiter der operativen Arbeitsgruppe (Operation Group) sowie drei weiteren gewählten Mitgliedern. Ungarn stellt die derzeitige Präsidentin.

Wie arbeitet ROADPOL?

Die größte Arbeitsgruppe ist die Operation Group, in die jeder Mitgliedsstaat einen leitenden Experten der Verkehrspolizei entsenden kann. Diese Gruppe organisiert europaweite Straßenkontrollen, internationale Schulungen, Seminare und internationalen Erfahrungsaustausch.

Weiterhin arbeitet eine Technology Working Group, die sich mit den neuesten technologischen Innovationen im Bereich der Verkehrssicherheit beschäftigt – ferner eine Tacho-Group, deren Mitglieder über die Methoden der Manipulation von Tachometern und deren Erkennung auf dem neuesten Stand sind.

Eine Zusammenarbeit besteht auch mit anderen europäischen Netzwerken wie RAILPOL, AQUAPOL und AIRPOL zusammen.

Wie wirkt ROADPOL?

Mit Blick auf die Verkehrsüberwachung initiiert und koordiniert ROADPOL teils grenzüberschreitende, dennoch zeitgleiche Verkehrssicherheitsarbeit. In den sogenannten ROADPOL-Kontrollwochen laufen in allen Mitgliedsstaaten koordinierte Überwachungs- und Kontrollaktionen ab. Die Termine (jeweils eine Woche) und jährlich zehn Aktionen pro Jahr werden festgelegt und in-

haltlich auf Geschwindigkeit, Alkohol und Drogen, Gurtpflicht, Ablenkungen beim Fahrzeugführen und gewerblichen Personen- und Güterverkehr ausgerichtet. Zwei davon sind sogenannte Marathons. Der europaweite „Speed-Marathon“ wird einmal pro Jahr koordiniert: 24 Stunden lang werden in allen Mitgliedsstaaten an einem definierten Tag verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Übrigens existiert ebenso „Alcohol&Drug-Marathon“.

Weiterhin weist ROADPOL mit der Aktion „Safe Holiday“ Ferienreisende auf Gefahren wie Überlastung durch Hitze, Ermüdung durch zu lange Fahrzeiten oder auf das Verbot hin, Kinder und Tiere bei Hitze im Fahrzeug zu lassen.

Die „Safety Days“ – einmal jährlich gemeinsam mit der Europäischen Kommission organisiert – finden jeweils vom 16. bis 22. September, parallel zur „European Mobility Week“, statt. Kernpunkte angesichts mehr Verkehrssicherheit sind die Beteiligung der Mitgliedsstaaten durch Events sowie präventive, aber auch repressive Aktivitäten im jeweiligen Land. 2026 haben die „Safety Days den Fußgängerverkehr auf der Agenda. ■



Zur Webseite von ROADPOL



Mehr zum Thema



INNENLEBEN**WAHLEN DER SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNGEN**

Das geht uns alle an!

Im Herbst finden bundesweit die turnusmäßigen Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) statt. Hier die W-Fragen ...

Warum man wählen sollte?

Die Wahl ist weit mehr als eine bürokratische Pflichtübung im Kalender – sie ist das wichtigste Fundament für echte Chancengleichheit, gelebte Inklusion und ein faires Miteinander am Arbeitsplatz. In den Polizeien von Bund und Ländern sind Beamte und Angestellte mit einer anerkannten Schwerbehinderung oder sind Betroffene von chronischen Erkrankungen, die eine Gleichstellung begründen, beschäftigt. In Zeiten des demografischen Wandels und einer spürbaren Zunahme vorwiegend psychischer Belastungen gewinnt das Thema Inklusion massiv an Bedeutung. Die Schwerbehindertenvertretung ist hierbei das entscheidende Bindeglied zwischen Belegschaft, Personalrat und Arbeitgeber.

Wer kann wählen?

Das Gesetz zieht den Kreis der Beteiligten bewusst weit, um eine starke demokratische Legitimation zu sichern. Das Regelwerk nach Paragraph 177 SGB IX sieht das aktive Wahlrecht vor:

Stimmberechtigt sind ausnahmslos alle schwerbehinderten und gleichgestellten Kolleginnen und Kollegen im Betrieb – unabhängig von der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit. Auch Auszubildende sowie Beschäftigte in Elternzeit zählen dazu.

Wer darf gewählt werden?

Der Kreis der Personen, die gewählt werden können ist gemäß Paragraph 177 SGB IX enger gefasst und sieht hier das passive Wahlrecht vor:

Kandidieren kann jede und jeder Bedienstete, welcher auch dem Personalrat angehören kann. Er oder sie muss mindestens 18 Jahre alt sein und seit sechs Monaten der Dienststelle angehören. Besonders wichtig: Man muss nicht selbst schwerbehindert sein, um sich aufstellen zu lassen. Gefragt sind Empathie, Durchsetzungsstärke und das Interesse an sozialer Gerechtigkeit.

Wann wird gewählt?

Vom 1. Oktober bis zum 30. November finden bundesweit die Wahlen der SBV statt.

Wo wird gewählt?

In Dienststellen, in denen es auch einen Personalrat gibt, finden die Wahlen der SBV statt. Voraussetzung ist, dass in der Dienststelle mindestens fünf Schwerbehinderte oder gleichgestellte Bedienstete ihren Dienst verrichten (Wahlberechtigte).

Wie wird gewählt?

Abhängig davon, wie viele Wahlberechtigte im Betrieb registriert sind, unterscheidet das Gesetz zwischen zwei Verfahrenswegen:

1. Das vereinfachte Wahlverfahren (unter 50 Wahlberechtigte): Hier erfolgt die Wahl direkt im Rahmen einer einberufenen Wahlversammlung. Neu in diesem Jahr ist die rechtssichere Einbin-

dung moderner, hybrider Formate oder digitaler Wahlversammlungen per Videokonferenz.

2. Das förmliche Wahlverfahren (ab 50 Wahlberechtigte): Es erfordert die rechtzeitige Bestellung eines Wahlvorstands, das Erstellen von Wählerlisten und die Einhaltung strikter gesetzlicher Fristen. Formfehler können hier schnell zur Anfechtbarkeit der gesamten Wahl führen.

Was gut zu wissen ist

Die gewählte Vertrauensperson ist die erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um Barrierefreiheit, Arbeitsplatzgestaltung und rechtlichen Schutz. Zu den Kernaufgaben gehören:

- Prävention sichern: Unterstützung beim BEM nach längerer Krankheit.
- Barrieren abbauen: Einforderung von Hilfsmitteln und Barrierefreiheit.
- Rechte wahren: Überwachung geltender Gesetze und Tarifverträge im Sinne der Betroffenen.
- Arbeitsplätze erhalten: Vermittlung und Beratung bei drohenden Konflikten oder Kündigungen.

Für Fragen steht euch auch das Sprecherteam der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen beratend zur Seite.

Macht von eurem Stimmrecht Gebrauch, bringt euch als Kandidat ein oder unterstützt den Wahlvorstand in der Dienststelle. ■

DP-Autorin Silke Schmidt

ist Vorsitzende des Sprecherteams der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen.



Mehr zur Kommission
auf gdp.de



Gewerkschaft
der Polizei



BBBank-Kreditkarten¹ mit GdP-Logo



**Sonderkonditionen
für GdP-Mitglieder
und ihre
Angehörigen**

- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte¹
(Visa Card) zum Sonderpreis
von 29,90 Euro



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon oder
WhatsApp 0721 141-0
und auf www.bbbank.de/gdp

Einfach online bestellen:
www.bbbank.de/gdp



¹ Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank-Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen, girocard 14,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: Junges BBBank-Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard 14,95 Euro p. a.

Folgen Sie uns





GdP-ONLINE-GESPRÄCH

Wer zahlt die Zeche?

Nachdem die Debatte um die Vorschläge der Rentenkommission zunächst an Temperatur verloren hatte, fachten einige Ministerpräsidenten diese wieder an. Die weitgehende Ablehnung der GdP besteht trotz neuer politischer Scharmützel.

Christian Ehrlingfeld/Fabia Friedrich/Redaktion

In einem Online-Gespräch mit mehreren Hundert Teilnehmenden haben der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke, sowie seine Stellvertreter Christian Ehrlingfeld (Tarifpolitik) und Sven Hüber (Beamtenpolitik) die Eckpunkte der GdP-Kritik vorgestellt und bekräftigt.

Darum geht es:

Die politische Zielgröße einer lebensstandardsichernden Alterssicherung im Mehrgenerationenmodell mit einer Nettoersatzquote von mindestens 70 Prozent nach Steuern soll angestrebt werden. Das Ziel ist gut, kann aber nur über eine Stärkung aller drei Säulen erreicht werden. Die VBL darf hier nicht vergessen werden und spielt für Polizeibeschäftigte eine wichtige Rolle, obwohl seit Jahren keine Tarifpflege stattgefunden hat.

Wahrscheinlich am meisten diskutiert wird der Vorschlag, den abschlagsfreien Renteneintritt für besonders langjährig Versicherte abzuschaffen. Es zeugt von drastisch mangelnder Wertschätzung sowie einer Aberkennung der Lebensrealitäten vieler Polizeibeschäftigter, wenn die hart erarbeitete und langjährig verdiente Rente noch weiter hinausgezögert werden soll.

Der Zusatzbeitrag zur GRV, der zum Aufbau einer Kapitalrente gezahlt werden soll, wird zwar paritätisch aufgeteilt, sorgt aber dennoch für eine Zusatzbelastung für Versicherte. Ferner bringen aktienorientierte Anlagen Unsicherheiten und keine garantierten Erträge. Mögliche Gewinne würden sich erst nach vielen Jahren auszahlen und zu einer Entlastung beitragen. Davon würden höchstens diejenigen profitieren, die zum jetzigen Zeitpunkt noch viele Jahre arbeiten müssen. Außerdem soll es weder eine Dynamisierung noch einen sozialen Ausgleich geben. Überdies wird in der öffentlichen Diskussion häufig außer Acht gelassen, dass nicht jeder und jede am Ende des Monats Geld übrig hat, was er oder sie ansparen kann – sei es in einem Kapitalfonds oder unter dem Kopfkissen.

Auch die Anhebung der Altersgrenzen und der Vorschlag, diese an die Lebenserwartung zu binden, sind abzulehnen. Insbesondere Polizeibeschäftigte sind statistisch höheren Risiken ausgesetzt. Die Regelaltersgrenze würde nach den Vorschlägen der Kommission im Verhältnis 2:1 erhöht, was bedeutet, dass sich die Änderungen der Lebenserwartung in diesem Verhältnis auf die Erwerbs- und die Rentenphase auftei-

len. Somit würde die Regelaltersgrenze im Zeitraum zwischen 2031 und 2041 um sechs Monate von 67 Jahren auf 67,5 Jahre steigen.

Die Vorschläge der Rentenkommission sind überwiegend von Nachteil für die Beschäftigten, lediglich die Stärkung sowie der gezielte Einsatz von Rehabilitationsmaßnahmen sind zu befürworten und schaffen einen Mehrwert für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zu den Beamtinnen und Beamten:

Für die Polizei- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ist die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung nicht tragbar. Vor allem das Lebenszeitprinzip und das Alimentationsprinzip zeigen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums auf. Nicht ohne Grund sind diese Prinzipien im Grundgesetz verankert. Die Verpflichtung, die Beamten und deren Familien auch nach Beendigung des Dienstes angemessen zu alimentieren, wurde zudem durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2005 bestätigt.

Tarifexperte Ehrlingfeld weiß jedenfalls, wer am Ende die Zeche zahlen wird:

„Die Alterssicherungskommission hat im Juni 33 Empfehlungen vorgelegt. Klingt technisch. Ist es auch. Aber hinter den Fachbegriffen steckt eine schlichte Botschaft: Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, soll am Ende weniger herauskriegen.“

Beamtinnen und Beamte haben wenigstens das Alimentationsprinzip im Rücken. Das ist kein Freifahrtschein – aber es ist ein verfassungsrechtlicher Schutz, den Gerichte im Zweifel durchsetzen.

Für unsere Tarifbeschäftigten gibt es das nicht. Was die Kommission empfiehlt, würde sie deshalb – wenn es Gesetz wird – ungebremst treffen:

- ▶ Einen Automatismus, der die Rente drückt, wenn die Zeiten schwieriger werden.
- ▶ Eine Kapitalanlage, bei der sie das Risiko tragen – aber nicht die Gewinne.
- ▶ Und die wahrscheinliche Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. 45 Jahre gearbeitet und eingezahlt – und trotzdem Abzüge.

Das muss man sich erst einmal vorstellen.

Das Muster ist immer dasselbe: Der Staat sucht sich beim Sparen diejenigen heraus, die sich am wenigsten wehren können. Bei unseren Tarifbeschäftigten ist das die Rente, in die sie ihr ganzes Arbeitsleben lang vertraut haben. Dieses Vertrauen zu brechen, ist keine Haushaltspolitik. Es ist Unrecht und greift die Menschenwürde an.



Mehr zum Thema

Wie funktioniert die Rente 2026

Das ist die Rentenformel: **Entgeltpunkte x Zugangsfaktor x Rentenwert**

Der Entgeltpunkt (Rentenpunkt): Der wichtigste Faktor. Dieser wird durch das Gehalt beeinflusst.

Der Durchschnittsverdienst ergibt einen Entgeltpunkt.

Doppelter Verdienst führt zu zwei Entgeltpunkten, maximal möglich sind 1,95 Entgeltpunkte jährlich

Zusätzliche Entgeltpunkte erwirbt man für beitragsgeminderte Zeiten, etwa Kindererziehung, Arbeitslosengeld, Pflege Angehöriger...

2026 sind 1,9521 maximale Rentenpunkte möglich – bei einem vorläufigen Durchschnittsentgelt von 51.944 Euro.

Viele Tarifbeschäftigte in den unteren Entgeltgruppen erreichen mit ihrem Einkommen keinen vollen Rentenpunkt!

Und: **der Zugangsfaktor**. Dieser berücksichtigt, ob das gesetzlich festgelegte Rentenalter bei Rentenbeginn erreicht ist. Der Zugangsfaktor beträgt dann grundsätzlich 1,0 (also abschlagsfrei).

Er ist größer als 1,0, wenn eine Rente wegen Alters trotz erfüllter Wartezeit erst nach Erreichen der Regelaltersgrenze in Anspruch genommen wird. Der Zugangsfaktor ist kleiner als 1,0, wenn eine Rente vorzeitig in Anspruch genommen wird.

Krongham/stock.adobe.com



ANZEIGE

VERTRAUTES NEU ENTDECKEN

DER NEUE MAZDA CX-5



Nachlass Barkauf: **22%¹** | Nachlass Leasing: **23%²**

6 JAHRE MAZDA GARANTIE



Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-5 e-Skyactiv G 141 FWD: 7,0 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 157 - 159 g/km. CO₂-Klasse: F. Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-5 e-Skyactiv G 141 AWD: 7,4 - 7,5 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 168 - 169 g/km. CO₂-Klasse: F. Ein Angebot der AUTOTEWES GmbH. Bei der gezeigten Abbildung handelt es sich um ein Beispielfoto eines Mazda CX-5, die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeuges sind nicht Bestandteil des Angebotes. 6 Jahre Garantie gemäß den Mazda Garantiebedingungen. Mehr Informationen finden Sie unter www.mazda.de

¹Ersparnis bei Barkauf für Mitglieder der GdP gegenüber der UVP der Mazda Motors Deutschland GmbH. ²Beim Leasing über die Mazda Finance erhalten Mitglieder der GdP auf den Anschaffungspreis des Fahrzeuges einen Nachlass i.H. des genannten %-Wertes auf die UVP der Mazda Motors Deutschland GmbH.



AUTOTEWES



HAMBURG
Ziethenstrasse 16 + 16a
Tel.: 040 8221644-41
info_hamburg@autotewes.de

DÜSSELDORF
Oberhausen Str. 2
Tel.: 0211 8823047-56
info_duesseldorf@autotewes.de

BERLIN
Malteserstr. 10-18
Tel.: 030 1663629-26
info_berlin@autotewes.de

KREFELD
Untergath 175
Tel.: 02151 447359-95
info_krefeld@autotewes.de

BERLIN
Nonnendammallee 10
Tel.: 030 1663629-37
info_berlin@autotewes.de

KÖLN
Oskar-Jäger-Str. 166-168
Tel.: 0221 6508443-94
info_koeln@autotewes.de



DROHNENATTACKE AM LEIPZIGER FLUGHAFEN

Intensive Bedrohung

Dieser Vorfall erhöht das Bedrohungslevel der kritischen Infrastruktur hierzulande um ein Vielfaches. Nach der Leipziger Drohne: Wie muss es jetzt weitergehen?

Redaktion

Drohnensichtungen und -funde gehören mittlerweile zum polizeilichen Alltag. Wer bei der Polizei arbeitet, weiß, dass kriminelle Akteure technische Entwicklungen vorantreiben und für ihre Zwecke stetig optimieren. Beispiele wären reichlich zu nennen. Für die Polizei heißt es also: dranbleiben. Für die Politik heißt es: der Polizei ermöglichen, dranzubleiben.

Hinter diesem simplen Verfahren hat der bedrohliche Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig/Halle ein dickes Ausrufezeichen gesetzt. Was war passiert? Der Stand zum Redaktionsschluss: Die mit Sprengstoff bestückte und später sichergestellte Drohne war mutmaßlich gezielt, gegen eine Tragfläche einer ukrainischen Luftfrachtmaschine geflogen und aufgeprallt. Glücklicherweise war es nicht zu einer Explosion gekommen. Warum

ist noch nicht ausermittelt. Wirklich gefestigt ist zurzeit nur wenig. Aber: Es hat natürlich nicht lange gedauert, bis in der Öffentlichkeit die Warum-Frage debattiert wurde.

Die GdP stellte in einer Pressemeldung klar, dass mit weiteren Vorfällen zu rechnen ist. Die Bedrohungslage nehme an Intensität zu, der Vorfall unterstreiche die Notwendigkeit, den Schutz kritischer Infrastruktur und die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden bei der Drohnenabwehr konsequent, aber jedoch schneller auszubauen. Nun will Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Drohneneinheit der Bundespolizei personell deutlich verstärken und die Standort von vier auf acht verdoppeln.

Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke eine mit Sprengstoff beladene Drohne auf einem Flugfeld als eine erschreckende Dimension der Bedrohung. Bereits Anfang Juli am Rande des „Drone Resilience Day“ in Berlin (Hinw. d. Red.: Bericht in DP/8, Seite 26) erklärte er „Behörden müssen unbürokratisch mit der rasanten Drohnenabwehrtechnologie schritthalten und mit zusätzlichem Geld jederzeit wettbewerbsfähig, einsatzfähig und überlegen gehalten werden.“ Nach Leipzig zeige sich, dass derlei Einsätze bundesweit und jederzeit notwendig sein könnten.

Auf dem Instagram-Kanal der GdP forderte Kopelke „neue Antworten für neue Bedrohungen“. Dabei glasklar: „Spionage, Cyberangriffe und Drohnen über kritischer Infrastruktur sind keine Zukunftsszenarien mehr, sondern Wirklichkeit!“ Deutschland sei verwundbar. Die Sicherheitsbehörden müssten mit der veränderten Bedrohungslage Schritt halten können.

Die GdP-Forderungslage:

- ▶ zeitgemäße Befugnisse für die Sicherheitsbehörden,
- ▶ einen schnelleren und besseren Informationsaustausch,
- ▶ moderne Technik und ausreichend Personal sowie
- ▶ eine starke parlamentarische und rechtsstaatliche Kontrolle

Das verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten steht Kopelke zufolge jedoch nicht zur Diskussion und bleibt unantastbar. Dort, wo es notwendig sei, sollten der Bundesnachrichtendienst, der Bundesverfassungsschutz und die Polizei Informationen effektiv austauschen können. ■

HINGESCHAUT

VERKEHRSREGULIERUNG

Ampel aus, was dann?

Ein plötzlicher Ampelausfall ist keine Seltenheit. Stromausfälle, technische Defekte oder invasive Bauarbeiten, und zack: Die Kreuzung muss ohne die gewohnte Lichtzeichenanlage auskommen. Verkehrsteilnehmende sorgen sich nahezu zwangsläufig. Denn, wer regelt jetzt den Verkehr? Tja, müsste nicht sofort die Polizei anrücken und übernehmen? DP-Autor Steven Kölpjen klärt auf.

Steven Kölpjen

Fällt eine Ampel aus, herrscht nicht automatisch Chaos. Die Straßenverkehrs-Ordnung enthält sogenannte Auffangregeln. Verkehrszeichen, Fahrbahnmarkierungen und grundlegende Verhaltenspflichten – etwa gegenseitige Rücksichtnahme – behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Das bedeutet: Auch ohne Ampel ist der Verkehr grundsätzlich geregelt.

Dürfen heißt nicht müssen

Die Polizei ist gesetzlich befugt, in den Verkehr einzugreifen und ihn durch Zeichen und Weisungen zu regeln. Diese Befugnis erlaubt es ihr, im Bedarfsfall schnell zu handeln –

insbesondere dann, wenn Gefahr im Verzug besteht. Entscheidend ist jedoch ein kleines, aber juristisch bedeutendes Wort: „kann“.

Die Polizei kann den Verkehr regeln – sie muss es jedoch nicht automatisch. Das Gesetz räumt ihr also zunächst ein Ermessen ein. Sie darf entscheiden, ob ein Eingreifen erforderlich ist oder nicht.

Wann wird aus „kann“ ein „muss“?

Eine Pflicht zum Einschreiten entsteht erst dann, wenn eine sogenannte konkrete Gefahr vorliegt. Das ist mehr als nur eine abstrakte Möglichkeit. Eine konkrete Gefahr liegt vor, wenn die Situation so angespannt ist, dass ein Unfall praktisch jederzeit eintreten kann – etwa:

- an unübersichtlichen Kreuzungen,
- bei hohem Verkehrsaufkommen,
- bei fehlenden Verkehrszeichen oder Markierungen,
- bereits aufgetretenen Beinahe-Unfällen.

In diesen Fällen kann sich das Ermessen der Polizei auf null reduzieren. Das bedeutet: Es gibt nur noch eine rechtlich richtige Entscheidung – nämlich ein Einschreiten.

Dann muss die Polizei tätig werden und den Verkehr beispielsweise durch Handzeichen regeln.

Der Normalfall: Keine Pflicht zum Eingreifen

Doch in den meisten Fällen bleibt es bei einer abstrakten Gefahr. Das bedeutet: Es besteht zwar ein gewisses Risiko, aber keine unmittelbar drohende konkrete Gefährdung.

Eine gewöhnliche Kreuzung mit funktionierenden Verkehrszeichen und moderatem Verkehr fällt regelmäßig in diese Kategorie. Hier besteht keine Verpflichtung der Polizei, den Verkehr aktiv zu regeln.

Der Ausfall der Ampel allein reicht also nicht aus, um eine Handlungspflicht zu begründen.

Und einzelne Polizeibeamte?

Auch wenn eine Handlungspflicht besteht, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass der einzelne Polizeibeamte persönlich zur Verkehrsregelung verpflichtet ist.

Die Zeichen und Weisungen der Polizei müssen für Verkehrsteilnehmende klar und eindeutig erkennbar sein. Das setzt voraus:

- Der Beamte ist eindeutig als Polizei erkennbar (etwa durch die Uniform).
- Die Weisungen der Zeichen sind eindeutig und korrekt ausgeführt.

Ein Beamter in Zivil oder ohne ausreichende Kenntnis der Verkehrszeichen kann diese Anforderungen womöglich nicht erfüllen. In solchen Fällen kann die Maßnahme ungeeignet sein – auch wenn grundsätzlich eine Pflicht zum Einschreiten besteht.

Also: Die Entscheidung, ob die Polizei den Verkehr durch Zeichen und Weisungen regelt, hängt immer vom Einzelfall ab und nicht allein vom Ausfall der Ampel. ■



privat

DP-Autor Steven Kölpjen

ist Polizeioberkommissar und lehrt im Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Mecklenburg-Vorpommern.

ANZEIGE

GdP-Plus
Partner

LivingHaus

Uniform aus. Hausschuhe an.

Bau dein individuelles Living Haus mit exklusivem Preisvorteil.



5 % gespart.
100 % happy.



livinghaus.de/gdp



GdP-MV-Landeschefin Kristin Frosch mit klarer Zielgruppe.

MIT DER GdP IM NORDOSTEN BESTENS VERTRAUT

Macherin in MV

Wahlkampf und Walkrampf: Kristin Frosch, jüngst zur GdP-Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern gewählt, im DP-Gespräch über stille Örtchen, reißende Hosennähte und dreiste Möwen.

Michael Zielasko

DP: Liebe Kristin, die Übernahme des Amtes der Landesvorsitzenden traf Dich nicht überraschend.

Kristin Frosch: Stimmt, das war nicht über's Knie gebrochen. Mein Vorgänger Christian Schumacher hatte mich rechtzeitig gefragt. Und so hatte ich rund zwei Jahre mit ihm gemeinsam Zeit und Raum, den Übergangsprozess zu gestalten. Also: Wissen übergeben und in die Rolle hineinwachsen. Um ein, zwei Sachen habe ich mich auch direkt hauptverantwortlich gekümmert. Es war hilfreich, die ersten Fußstapfen ohne den Druck der Verantwortung hinterlassen zu können.

DP: Du kennst doch den Laden, oder?

Frosch: Ja, klar. Ich habe recht früh gewerkschaftliche Funktionen ausgefüllt. JUNGE GRUPPE, Kreisgruppe, Personalratsarbeit, Frauengruppe. Erfahrungen konnte ich reichlich sammeln. Insbesondere die fachliche Zusammenarbeit für unseren Geschäftsführenden Landesvorstand hat mich mit den wichtigen Themen vertraut gemacht. Außerdem lernte ich eine Menge Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen der GdP kennen. Bei diesem Hintergrund ist dann die Übernahme des Vorsitzendenamtes zwar noch immer eine Hürde, aber eine, die man meistern kann. Ebenso

steht mir ein engagiertes, kompetentes Team zur Seite. Der Vorsitz wirkt vielleicht wie eine Einzeldisziplin, stimmt aber so nicht.

DP: Klingt nach einem vorbildlichen Modell.

Frosch: Das unterstreiche ich.

DP: Der Vorsitz wechselt in der GdP zunehmend in Frauenhand. Jedoch erscheint dies mit der Ausnahme von Rheinland-Pfalz eher als, entschuldige bitte, Ostphänomen.

Frosch: (lacht) Das hat weder Methode, noch ist es Zufall. Ohne Sozialwissenschaftlerin zu sein, gibt es aus meiner Sicht eine gesellschaftliche Erklärung. Als ostdeutsche Frau habe ich eine andere Sozialisation erfahren. Bei uns war es ganz selbstverständlich, dass Frauen neben allen Care-Aufgaben gearbeitet haben. Vereinbarkeitsfragen hatten sicherlich nicht den gleichen Stellenwert wie heutzutage. Zudem hatte ich genügend weibliche Vorbilder. Meine Mutter etwa. Auch andere Frauen haben gezeigt, dass Beruf, Familie und gesellschaftliches Engagement miteinander zu verbinden sind. Mit diesem Selbstverständnis bin ich meinen Weg gegangen.

DP: Und die Ost-Männer waren das gewohnt.

Frosch: Nun, wir sind eben alle so aufgewachsen. Akzeptanzfragen stellten sich da nicht. Die Frauen schmissen neben der Arbeit zu Hause den Laden, aber womöglich waren und sind die Unterschiede zwischen Ost und West doch nicht so groß (lächelt).

DP: Deine Social-Media-Aktion am Welttoilettag 2021, die frauenspezifische Herausforderungen im Einsatzalltag im Blick hatte, schlug ein. Wie sieht es heute aus?

Frosch: Mein spontanes Video vom stillen Örtchen war humorvoll, das Thema dahinter ist es nicht. Da sitzt eine Polizistin auf der Toilette. Und schwanger war ich damals auch noch. Als persönliches Schutzschild malte ich mir die Lippen knallrot an. So kennt man mich eher nicht, wie Du siehst.

DP: Die Aufmerksamkeit, die Du auf das Thema gelenkt hast, spricht für Dich.

Frosch: Ja gut, ich habe mich dennoch gefragt, wie weit gewerkschaftliches Engagement gehen sollte und kann. Bis zu welchem Punkt bin ich bereit, tabuisierte Themen auf den Punkt zu bringen? Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Entsorgung als Teil der Einsatzplanung selbstverständlich werden muss. Auch Männer hätten gerne einen geschützten Bereich, wenn sie mal müssen. Und das Thema dreht sich weiter. Wir haben auch einen Blick auf die Hygienebedarfe von Frauen oder auf weibliche Lebensphasen wie die Wechseljahre. Ich finde es richtig gut, dass wir Menschen in der GdP haben, die sich trauen, diese Dinge anzusprechen, diese zu einem Thema zu machen und für Beachtung sorgen. Weißt Du, wir in MV sind Macherinnen. (lacht)

DP: Das heißt?

Frosch: Aus unserem eigenen Erleben senden wir Impulse. Wir sprechen vermeintlich unsagbare Themen an. Damit starten wir den Dialog und schon sind wir dabei und

„ Gesundheitsschutz und Fürsorge sind Schwerpunktthemen und keine Komfortfrage.“

mittendrin. Fürsorgethemen stehen weit oben auf unserer Agenda. Du musst nun mal Probleme sichtbar machen. Soziale Medien sind ein wirksames Mittel dafür.

DP: Was habt ihr auf dem Schirm?

Frosch: Einmal ganz klar: Gesundheitsschutz und Fürsorge sind Schwerpunktthemen und keine Komfortfrage. Und wenn wir über Schusswesten, Waffen und Fahrzeuge debattieren, müssen weibliche Belange mitschwingen. Wusstest Du, dass es bis in die jüngste Vergangenheit nur männliche Dummies für Autosicherheitstests gab? Ich etwa habe recht kleine Hände, andere Frauen sicherlich auch. Im Zusammenhang mit Schusswaffen ist das für mich ein Thema. Oder die weibliche Schutzweste. Das hat lange gebraucht, bis wir das hinbekommen haben. Manche mögen das für marginal halten. Wir denken jedoch anders.

DP: Und die Uniform?

Frosch: Die Frage verursacht ein wenig Puls. Mir fehlt das Verständnis dafür, dass in MV eine männliche Uniform dadurch weiblich gemacht wird, indem diese an der einen oder anderen Stelle einfach ein wenig größer genäht ist. Junge Kolleginnen zum Beispiel tragen nun Radlerhosen darunter. Sie sorgen sich, dass ihnen, falls sie bei Einsatzlagen mal dynamischer handeln, bei der Einsatzhose die Naht wegreißt. Das ist so was von beschämend. Wir haben noch viel zu machen.

DP: Was geht Dir richtig gegen den Strich?

Frosch: Nur reden statt anpacken. Wir bekommen Sachstandsbeschreibungen und diskutieren bis zur nächsten und so weiter. Oder Probleme schönreden. Ich verspüre immer öfter eine unangenehme, aufsteigende Ungeduld und Frustration. Diese Probleme existieren in Echtzeit und sind leider Teil des Alltags unserer Kolleginnen und Kollegen. Und da schaue ich in Richtung Politik, da blicke ich auch in Richtung Führung. Bei manch einer oder einem scheint sich verfestigt zu haben: „Ich kann ja ohnehin nichts bewirken.“ Nicht alles wird sofort besser, aber ich erwarte Ehrlichkeit, Verbindlichkeit und vor allem den Mut, Entscheidungen zu treffen. Ich tue das jeden Tag.

DP: Was ist für Dich bei der Führung wichtig?

Frosch: Mein Grundsatz: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Dann: Führung heißt, Verantwortung zu übernehmen, Orientierung zu geben und Entscheidungen transparent zu machen. Dazu muss ich zuhören und es braucht ein ehrliches Feedback, natürlich auch an mich, letztlich noch eine gute Fehlerkultur. Wichtig ist es, nicht mit dem Finger auf vermeintlich Schuldige zu zeigen. Da reagiere ich total allergisch. Es geht nicht um Schuld, sondern darum, wer die Verantwortung übernimmt und dass eine Lö-

ANZEIGE

MIT DEM XS TARIF JETZT XL SPAREN!

Der Business Mobil XS Tarif bietet bis zu fünf **Zusatzkarten** für Ihre Lieben: Die erste kostet mtl. nur 12,95 € und ab der zweiten wird's noch günstiger, nur mtl. 10,48 €! Zum Beispiel mit einem top Smartphone von Samsung.



Direkt zum Online-Shop

Informieren lohnt sich

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de
E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 33 0034531
Ihre Vorteilsnummer: MA053



Connecting
your world.



In Kooperation mit
GdP-Plus
Partner



Pure Entspannung am Meer.

sung gefunden wird. Weil wir auch ehrenamtlich arbeitende Menschen im Team haben, gehört zur Führung vornehmlich der kollegiale, wertschätzende und unterstützende Umgang, ferner verlässliche Absprachen und Vertraulichkeit.

DP: In diesem Monat finden auch in Deinem Bundesland Wahlen statt. Wie ist Dein gewerkschaftspolizeilicher Blick darauf?

Frosch: Wir sind mit allen demokratischen Parteien im Gespräch. Wir verdeutlichen unsere Schwerpunkte, Wahlprogramm hin oder her. Mir geht es insbesondere darum, Dinge abzuräumen, die schon länger auf dem Tisch liegen. Etwa die amtsangemessene Alimentation. Sobald eine Regierung steht, muss das Thema abgeräumt werden. Die GdP in MV ist das Sprachrohr der Polizeibeschäftigten im Land. Daran lassen wir keinen Zweifel. Wenn Koalitionsverhandlungen starten, werden wir die Kompetenzstelle Polizei ausfüllen. Wir werden die Expertise und die Angebote haben. Es steht doch die Frage im Raum, ob die künftige Landesregierung bereit ist, Sicherheit dauerhaft zu finanzieren und die Polizei personal- und technisch zukunftsfähig aufzustellen. Die Wahlprogramme arbeiten jedoch die ganz großen Themen ab: das Stemmen außergewöhnlicher Situationen bei ausbleibenden Steuereinnahmen, die Effekte von Bundesentscheidungen auf das Land. Demokratische Parteien sollten deutlicher machen, welch hohen Stellenwert eine leistungsfähige Polizei für den Schutz unserer Demokratie hat. Es geht auch darum, zu erklären, was für das Land wichtig ist, und nicht darum, ständig zu behaupten, wie unfähig die anderen sind. Also bitte mehr Inhaltliches statt des gängigen Bashings.

DP: Deine drei Top-Themen für MV.

Frosch: Zeitgemäße technische Innovation – vom KI-Einsatz hin zum modernen Streifenwagen. Die Frage des Ressourceneinsatzes im Kontext der wirklich wichtigen Aufgabenschwerpunkte. Gute Arbeitsbedingungen für unsere Polizeibeschäftigten. Kein Weiter-so mehr. Bei allem.

Neben der kommenden politischen Wahl hat Euch ein siechender Wal viel Aufmerksamkeit beschert.

Frosch: Aus dem Schicksal eines schwer geschwächten Wals entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit eine hoch emotionalisierte und politisierte Lage. Sobald daraus Versammlungen, Konflikte um Schutzbereiche und konkrete Gefahren entstanden, war die Polizei gefordert. Unsere Kolleginnen und Kollegen mussten dann die Folgen einer Dynamik bewältigen, die sie nicht verursacht hatten. Deshalb wünsche ich mir in solchen Situationen frühzeitige, fachlich fundierte und verlässliche Entscheidungen sowie eine klare Kommunikation. Tierwohl und öffentliche Anteilnahme verdienen Respekt, zugleich muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

Welche Tipps kannst Du Frauen geben, die ein politisches Amt anstreben?

Frosch: Frauen treibt vielfach die Frage um: Kann ich das, schaffe ich das? Frauen denken immer alle Konsequenzen mit, weil die Vereinbarkeitsfrage uns in die Wiege gelegt wurde. Wir tragen per se Verantwortung. Es sollte einem jedoch klar sein, dass man selbst nie vollständig vorbereitet ist. Weil das so ist, nehme ich Kolleginnen, auch mal Kollegen, unter den Flügel. Die haben meine Nummer, und rufen an, wenn irgendwo Hürden stehen. Wir treffen uns und klären alles. Ich nehme

das als sehr hilfreich wahr. Notwendig ist es, im Austausch mit sich selbst zu sein, mit seiner Entwicklung, seinen Ängsten und Vorbehalten. Manche wundern sich, dass ich so oft ein ehrliches Feedback einfordere. Aber nur so konnte ich mich stets weiterentwickeln. Liebe Frauen, baut Netzwerke auf, unterstützt Euch, statt Euch gegeneinander auszuspielen oder es zuzulassen. Habt Euren eigenen Stil, bleibt authentisch. Führung braucht nicht unbedingt die lauteste Stimme, sondern Klarheit, Haltung, Empathie und Beharrlichkeit. Und es kann auch eine echte Superkraft sein, ruhig und ein wenig introvertiert zu sein, aber über ein messerscharfes Mitdenken zu verfügen.

DP: Und wie entspannst Du?

Frosch: Das Meer ist nicht so weit entfernt. Eine Freundin hat mir mal gesagt: Das Meer ist eine Kirche. Und das ist wirklich so. Da bin ich gerne, da finde ich Ruhe, da pusht mich der Wind den Kopf frei. Außerdem schaue ich gerne aus dem Strandkorb zu, wie geschickt und dreist die Möwen den Touris die Chipstüten aus den Taschen stehlen.

DP: Also, Du schaltest ab.

Frosch: Na ja, sagen wir es so: Meine Familie und Freunde geben mir sehr viel Kraft. Ganz abschalten bekomme ich aber nicht hin. Für mich ist die GdP nicht nur ein Amt, sondern auch ein Stück Zuhause.

DP: Vielen Dank für das Gespräch. Kristin oder besser Froschi, wie die meisten Dich nennen, die Dich schon länger kennen.

INNENLEBEN

Nachrichtendienste stärken

Es sei ein Meilenstein für die drei deutschen Nachrichtendienste BND, BfV und MAD, unterstrich GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke Mitte August im Sender „Welt TV“. Das Bundeskabinett beschloss zeitgleich einen Gesetzentwurf zur Reform des Nachrichtendienstrechts, also für erweiterte Befugnisse der Behörden. Mit Blick auf die gestiegene Bedrohungslage sprach

Kopelke von dringend notwendiger Handlungsfähigkeit, die über das bisherige Beschaffen und Bewerten von Informationen deutlich hinausgehe. Die Gesetzesänderung werde im Deutschen Bundestag für engagierte Debatten sorgen, prognostizierte er. Sicherheitspolitik sei zwar ein schwieriges Politikfeld. Populismus sei jedoch dort nicht gefragt. Dennoch, so betonte der Ge-

werkschaftschef, müsse es beim bewährten Trennungsgebot bleiben, die Kooperation der Dienste – auch mit der Polizei – müsse jedoch besser werden. Wichtig sei es, die Aufklärungs- und Analysefähigkeiten zu stärken. Es habe ausreichend Fälle gegeben, in denen die Behörden zwar Informationen hatten, diese jedoch nicht wirksam gebündelt wurden. ■

ANZEIGE

Attraktive Tesla Leasingangebote

Exklusiv für Mitglieder der GdP

Tesla Model 3 Hinterradantrieb, 208 kW (283 PS), Limousine, 4-türig, 1-Gang, Elektromotor, elektr. Reichweite: 534 km (WLTP)
 Kilometervertrag: Laufzeit 48 Monate, Gesamtlauflistung 40.000 km,
 Verbrauch komb.: 13,0 kWh/100 km, CO₂-Emission: 0 g/km, CO₂-Effizienzklasse: A, Energiekosten: 608,40 €/Jahr (bei 15.000 km/Jahr, Strompreis 31,3 ct/kWh, Ø 2024); CO₂-Kosten über die nächsten 10 Jahre: 0,00 €/Jahr (bei 15.000 km/Jahr und angenommenen durchschnittl. CO₂-Preisen mittel 127 €/t, niedrig 60 €/t, hoch 200 €/t); Kraftfahrzeugsteuer: befristet steuerfrei

Mehr auf mobility.ayvens.de/kampagne/gdp



Mögl. staatliche Förderung von bis zu 6.000 €³



GdP-Plus Partner

Finanz-leasingrate

inkl. Technik-Service¹, bei 3.000,- € brutto Mietsonderzahlung, inkl. MwSt. ab mtl.

488⁶¹ €²



¹ Technik-Service umfasst Wartungs-, Inspektions- und verschleißbedingte Reparaturleistungen gemäß den Regelungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen der ALD AutoLeasing D GmbH.

² Monatl. Leasingrate bei 3.000,- € brutto Mietsonderzahlung, zzgl. Fracht, Rückhol- und Zulassungsservice. Angebot gültig bis 31.12.2026. Ein freibleibendes Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, das sich ausschließlich an Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei und nutzungsberechtigte Angehörige richtet. Bonität vorausgesetzt. Es gelten die allgem. Geschäftsbedingungen der ALD AutoLeasing D GmbH. Die konkreten Fahrzeugangebote, Leasingraten und vollständigen Angebotsbedingungen finden Sie unter www.mobility.ayvens.de/gdp. Druckfehler, Irrtümer, Änderungen und Zwischenverkauf bleiben vorbehalten. Abb. kann kostenpflichtige Sonderausstattungen enthalten. Foto: KI-generiert Imaca

³ Eine etwaige staatliche Förderung ist nicht Bestandteil des Leasingvertrags und richtet sich ausschließlich nach den jeweils geltenden Förderbedingungen. Förderberechtigung und Antragstellung sind vom Kunden eigenverantwortlich zu prüfen.

Wir erinnern ...

Mit welch mörderischer Wucht die Ereignisse des 11. September 2001 die Welt verändern würden, hatte sich vor 25 Jahren nahezu niemand vorstellen können. Auch der Berliner Terrorexperte und DP-Autor Berndt Georg Thamm nicht. Er widmete damals seine Anfang September erschienene DP-Titelgeschichte aggressiven fundamental-religiösen Gruppierungen. „Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“, hieß es später auf der Titelseite, die neben dieser unheilvollen Prophezeiung das Antlitz des Drahtziehers der Anschläge auf die World-Trade-Center-Türme und den Sitz des US-Verteidigungsministeriums in Washington D.C. zeigte: Osama bin Laden.

Mehr als 3000 Menschen verloren bei diesem minutiös geplanten Massenmord ihr Leben. Womöglich wären noch viel mehr gestorben, hätten nicht beherzte Fluggäste die Attentäter des vierten entführten Flugzeugs gezwungen, die Maschine vor einem weiteren mutmaßlichen Ziel zum Absturz zu bringen.

Vor fünf Jahren bat DP 9/11-Zeitzeugen, aus ihren jeweiligen Perspektiven auf die noch immer unfassbaren, schrecklichen Ereignisse dieses Tages zurückzublicken.



DP-September 2021 –
Schwerpunkt:
„20 Jahre 9/11“



Jetzt reinspringen und tolle Angebote sichern.



GdP-Plus
Partner



GdP-Plus Partner
Einloggen und shoppen!

SCHRÖDER // TEAM
UNTERNEHMENSGRUPPE

ARCD
Auto- und Reiseclub
Deutschland

Polestar

BB Bank

Town & Country
HAUS

ayvens
SOCIÉTÉ GÉNÉRALE GROUP



FINN | Club

EuroEyes

BYD

FITX
FOR ALL OF US

sky

AUTOTEWES

LivingHaus

Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de

WM-POLIZIST IM GESPRÄCH

Drüber und raus

Die Summe der deutschen verschossenen Elfmeter besiegelte auch für Mika Stalleicken sein WM-Aus. Und dies, obwohl seine Teamkollegin und er den perfekten Informationsdoppelpass mit den US-amerikanischen Gastgeber spielten.

Michael Zielasko

Herr Stalleicken: Wie lief denn die Vorbereitung auf Ihren WM-Einsatz? Man fährt ja nicht einfach hin und sagt: Hallo, hier bin ich, wo ist mein Schreibtisch?

Mika Stalleicken: (lächelt) Nein, selbstverständlich bereiten die Polizeien dies alles gut vor. Wir haben in Europa einen Standard, der jeweils individuell auf das kommende Turnier angepasst wird. Im Hintergrund stehen die sogenannte St. Denis-Convention und das EU-Fußballhandbuch. Bei der vergangenen WM ist es jedoch etwas anders gelaufen.

DP: Aha, und wie?

Stalleicken: Die nordamerikanischen Behörden hatten teils ihre eigenen Vorstellungen. Daher sind wir verspätet in die Kommunikation eingestiegen. In unseren Kanälen haben wir uns daher viel intensiver abgestimmt, als erforderlich gewesen wäre.

DP: Was heißt das genau?

Stalleicken: Im vergangenen Jahr, im September, hatte das Bundesinnenministerium zu einer Koordinierungsbesprechung eingeladen. Daraus ergab sich ein Netzwerk, im Kern aus dem BMI, der ZIS, dem BKA, der Bundespolizei und dem Auswärtigen Amt. Wir vereinbarten einen wöchentlichen Jour fixe, trafen uns zweimal in Präsenz und haben diesen Draht auch später in Übersee beibehalten. Üblich im europäischen Standard ist übrigens eine Vorbereitungsphase von mindestens zwei Jahren.

DP: Und dann standen Sie am Flughafen. Wie ging es weiter?

Stalleicken: Nicht ganz so schnell, bitte: Ein paar Monate zuvor erhielten wir vom US-amerikanischen FBI die Anforderung, genauer gesagt eine Einladung, zwei sogenannte Verbinder für das International Police Cooperation Center (IPCC) zu stellen. Das



Am Tisch mit WM-Playoff-Gegner Paraguay: Ausgang bekannt. Vorne links: Teampartnerin Franziska Enders: Die Beamtin versieht ihren Dienst im Referat OE41 im Bereich der Sportkoordination des Bundeskriminalamtes. Hinter ihr sitzt DP-Gesprächspartner Mika Stalleicken. Er blickt auf 25 Jahre im Polizeipräsidium (PP) Duisburg zurück, etwa als Dienstgruppenleiter, in der Wache, der Leitstelle und auch im Stabsbereich auf der Führungsstelle der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz (FüSt GE).

galt für jedes Teilnehmerland. Ausgesucht dafür wurden eine BKA-Kollegin und ich.

DP: Hätte Deutschland auch mehr Verbindungen senden können?

Stalleicken: Nein. Am Ende waren 44 von 48 Ländern der Einladung gefolgt.

DP: Dann der Flug, oder?

Stalleicken: Angereist ist unser WM-Duo am 7. Juni. Wir sind dann direkt in das IPCC – in Leesburg, Virginia, etwa eine Autostunde von Washington, D.C. entfernt, recht nahe am Airport Washington-Dulles. Das FBI hatte ein Shuttle-System eingerichtet. Auch mit Blick auf Termine während des Turniers liefen die Transfers über diesen Weg.

DP: Und die Unterbringung?

Stalleicken: Kein Hotel. Das IPCC war im National Conference Center untergebracht, und wir auch. Der Vorteil: kurze Wege. Zu vergleichen war die Unterbringung mit unseren hiesigen polizeilichen Aus- und Fortbildungseinrichtungen.

DP: Für wie viele deutsche Fans waren Sie und Ihre Kollegin denn dort verantwortlich?

Stalleicken: Rund 75.000 Personen waren es in Summe. Tatsächlich mehr als erwartet. Bevor Sie fragen: darunter nur wenige Problemszenefans in vereinzelt Kleingruppen. Diese haben sich jedoch wie Fußballfans verhalten. Das hatte uns nicht sehr überrascht, da die Nationalmannschaft weitestgehend von der organisierten Fanszene wenig Beachtung findet.

DP: Also Ruhe allerorten.

Stalleicken: Genau.

DP: Und die Aufgabe beim Turnier, was wurde von Ihnen erwartet?

Stalleicken: Wir haben verschiedenste Informationsbedarfe bedient, so wie es in jedem IPCC übliche Auftragslage ist. US-amerikanische Behörden haben bei uns Expertisen abgefragt. Ferner hat die ZIS jeden Tag, auch in Verbindung mit den deutschen Behörden, ein tägliches Lagebild generiert. Über Videoschalten hielten wir zudem Kontakt mit der polizeilichen Heimat. Wichtig war es, rund um den Spieltag selbst mit den Behörden vor Ort in engem Austausch zu sein. Tägliche enge Kontakte liefen natürlich auch mit dem DFB, zur FIFA und der deutschen US-Botschaft.

DP: Können Sie von relevanten Vorfällen berichten?

Stalleicken: Nein, gruppenspezifische Ereignisse unter Beteiligung deutscher Fans gab es nicht. Insgesamt verlief die WM bis auf kleinere, für Großveranstaltungen typische Zwischenfälle insgesamt störungsfrei. Die amerikanischen Behörden haben, das muss man feststellen, viel über Präsenz geregelt. Das waren schon massive Polizeieinsätze, diese dennoch sehr serviceorientiert und mit gastgeberischer Freundlichkeit. Der DFB meldete uns, dass dies hervorragend bei den deutschen Fans angekommen sei.

DP: Und ICE?

Stalleicken: Bei uns kein Thema. Die Grenzschutztruppe war wohl vorwiegend mit Einreisemodalitäten beschäftigt.

DP: Konnten Sie bei einem deutschen Spiel dabei sein?

Stalleicken: Nein, das IPCC habe ich tatsächlich nicht verlassen. Auch, weil die

deutschen Spieltage uns dort am meisten Arbeit gemacht haben. Wir konnten jedoch im Fernsehen die Spiele verfolgen.

DP: Sind Sie eigentlich Fußballfan?

Stalleicken: Wo fängt das Fansein an? Zumindest aber interessiert.

DP: Sie waren Einsatzleiter im Umfeld des Bundesligisten Borussia Mönchengladbach. Gibt es da eine Verbindung?

Stalleicken: Eher im Gegenteil (lacht). Mein Fußballerherz schlägt für den 1. FC Köln. Jetzt habe ich mich geoutet.

DP: Was passierte nach dem letzten WM-Spiel unserer Elf? Waren die deutschen Fans nur enttäuscht oder entlud sich der Frust anderweitig?

Stalleicken: Das ist ganz ruhig abgelaufen. Ich glaube, die meisten waren schlicht schockiert.

DP: Wären Sie denn gerne länger geblieben?

Stalleicken: Nun, darauf hatte ich keinerlei Einfluss. Meine Aufgabe war erfüllt. Ich bin noch wenige Tage geblieben, um die Reise-modalitäten zu klären, und das war es dann. Aber gewehrt hätte ich mich nicht. (lacht)

DP: Hätten Sie den Elfer verwandelt?

Stalleicken: Tja, wahrscheinlich nicht

DP: Oh, so wenig fußballerisches Selbstbewusstsein?

Stalleicken: Gegenüber steht einem ein Weltklasse-Torhüter. Und dann ich mit meiner Kreisligaerfahrung ... Aber, okay, wer weiß ...

DP: Herr Stalleicken, Sie sind stellvertretender Leiter der ZIS. Wie geht es denn jetzt mit dem Fußball weiter?

Stalleicken: Wir bedienen mit der ZIS drei Perspektiven: Die erste betrifft das Fußballgeschehen in Nordrhein-Westfalen (NRW), dann der bundesweite Abgleich und nicht zuletzt die Informationsarbeit auf der internationalen Ebene. Ab September sind wir angesichts der ersten Länderspiele in der Nations League bereits mit dem SKB-Team Deutschland im Einsatz. Die Ligen laufen ebenso im Betrieb. Und dann fangen auch schon bald die Vorbereitungen auf die nächste EM, 2028 in Großbritannien und Irland, an. So wie es momentan aussieht, werde ich Teil der Arbeitsgruppe sein.

DP: Wollen Sie eine polizeiliche Prognose für die Saison 2026/27 wagen?

Stalleicken: Wir werden vor allem hier in NRW erste Erfahrungen sammeln, welche Wirkung die von unserer Landesregierung angesagte Reduzierung der Einsatzstunden erzielen wird. Klar ist, dass die Vereine viel stärker in der Pflicht sind. Ebenso wird sich die Polizei im Raum deutlich defensiver aufstellen. Das künftige Gesamtgeschehen lässt sich jedoch nicht seriös vorhersehen. Aber: Andere Länder wie Baden-Württemberg haben ermutigende Erfahrungen damit gemacht. Hamburg hatte in der vergangenen Saison punktuell bei den Derbys Personal reduziert. Ehrlicherweise ist das Fußballland NRW mit seinen zahlreichen Vereinen in höchsten Ligen dennoch eine ganz eigene Kategorie.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



MOSAIC/UP/stock.adobe.com

ANZEIGE

STAAT – VERFASSUNG – POLITIK

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Günter Burmeister**. Begründet von **Helmut Dohr**.

22. Auflage 2022

Umfang: 560 Seiten, **Format:** DIN A5

Preis: 35,00 € [D], **ISBN** 978-3-8011-0896-0

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket, **Preis:** 34,99 € [D]

Dieses Buch vermittelt die für den Polizeiberuf unerlässlichen Kenntnisse des deutschen Staats- und Verfassungsrechts. Es gehört seit über vier Jahrzehnten zu den Standardwerken der Polizeiausbildung.

Aufbau und Inhalt des Werks ermöglichen es dem Nutzer, sich eine umfassende politische Bildung zu erarbeiten, wie sie im Polizeiberuf zwingend erforderlich ist. Wissensfragen am Ende der jeweiligen Abschnitte helfen zudem, die Themenkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen.



DER AUTOR

Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht. Er lehrt Öffentliches Recht an der Technischen Universität Braunschweig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

HINGESCHAUT

Bestürzung und Solidarität nach dem Anschlag auf den CSD in Berlin.

DEBATTE NACH CSD-ANSCHLAG

Lassen uns nicht spalten!

Das bunte, friedliche Fest nahm einen tragischen Verlauf: Nach dem erschütternden Anschlag auf Teilnehmende des Christopher-Street-Days Ende Juli in Berlin zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) an erster Stelle in Gedanken bei den Opfern und Angehörigen.

AUSGESPROCHEN**ISLAMISTISCHER TERRORISMUS**

Lücken füllen

Warum der Fall Abdul B. ein Warnsignal ist.

Dr. Florian Hartleb

Den Sicherheitsbehörden war Abdul B. bereits wegen seiner islamistischen Radikalisierung bekannt. Hinweise deuteten auf islamistische Radikalisierung, jihadistische Bezüge und erhebliches Gewaltpotenzial. Dennoch konnte er offenbar handeln. Observation ist keine Garantie, eine Gefährder-

einstufung schafft nicht automatisch neue Befugnisse. Entscheidend ist nicht, ob Abdul B. bekannt war, sondern was aus diesem Wissen folgte.

Islamismus ist ein Sicherheitsproblem

Bei der Aufarbeitung darf das ideologische Motiv nicht hinter Jugendstrafrecht, psychischen Auffälligkeiten oder Zuständigkeiten verschwinden. Islamismus ist eine politische Ideologie, die Feindbilder erzeugt, Gewalt legitimiert und Menschen zu Zielen erklärt. Dazu gehören homosexuelle und queere Menschen. Der CSD steht für Sichtbarkeit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung – genau das bekämpfen Islamisten. Ein Angriff dort richtet sich nicht nur gegen einzelne Opfer, sondern gegen die offene Gesellschaft. Spätestens seit dem islamistischen Messeranschlag von Dresden 2020 ist klar, dass queere Menschen zum konkreten Zielspektrum gehören.

Redaktion

Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender Alexander Poitz betonte: „Die Geschehnisse in Berlin machen uns tief betroffen und lassen uns fassungslos zurück. Nach einer solch schrecklichen Tat stehen zunächst die Menschen im Vordergrund. Den Einsatzkräften danken wir für das schnelle und professionelle Handeln. Wir lassen uns von Extremismus oder Terrorismus nicht einschüchtern und spalten! „Queerfeindlichkeit hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Sie ist keine abstrakte Gefahr, sondern für viele Menschen bittere Realität – nicht nur an einzelnen Tagen, sondern jeden Tag im Jahr. Die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe gegen queere Menschen erfüllen uns mit großer Sorge. Vielfalt ist keine Selbstverständlichkeit – sie benötigt Schutz, Solidarität und eine klare Haltung“, unterstrich Dorina Arndt, Sprecherin der GdP-AG Vielfalt.

Angesichts der aufkommenden Debatte verlangte die GdP eine Stärkung der Sicherheitsbehörden. Neben einem dezidierten Maßnahmenbündel aus gefahrenabwehrenden sowie strafverfolgenden Befugnissen sei eine bessere personelle Ausstattung, eine leistungsfähige Technik sowie ein einheitlicher, effektiver Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden nötig. Hier sei die föderale Struktur nicht immer hilfreich. Die Polizeien seien organisatorisch an eigene polizeirechtliche Befugnisse und verschiedene Behördenstrukturen gebunden, die voneinander abweichende technische Systeme aufwiesen. Eine spürbar stärkere Harmonisierung sicherheitsrechtlicher Befugnisse sowie eine lückenlose Rechtsstaatskette zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Justiz müssten gewährleistet sein. ■

Ein bekannter Gefährder ist kein kontrollierter Gefährder

Der Begriff „Gefährder“ erzeugt leicht den Eindruck, der Staat habe eine Person unter Kontrolle. Das ist ein Trugschluss. Eine Einstufung ist noch keine Maßnahme, ein Ranking noch keine Überwachung und eine Fallbesprechung noch keine Gefahrenabwehr. RADAR-iTE (Regelbasierte Analyse potenziell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos) kann Risiken ordnen und knappe Ressourcen priorisieren. Sein Wert zeigt sich aber erst in den Folgen. Bei einer Hochrisikoeinstufung muss klar sein, welche zusätzlichen Prüfungen, Kontrollen oder Überwachungsmaßnahmen folgen – und wer ihre Reduzierung verantwortet. Ein hoher Wert darf nicht zur verwalteten Zahl werden, die zwar in Besprechungen auftaucht, im operativen Alltag aber folgenlos bleibt. Genau hier entscheidet sich, ob aus einer Gefährdereinstufung wirkliche

Prävention oder nur nachträgliche Aktenkenntnis wird.

Wenn jihadistische Bezüge, Auslandskontakte, Gewaltbereitschaft und konkrete Feindbilder zusammentreffen, darf ein Fall nicht zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Beratungsstellen zerfallen. Jeder Hochrisikofall benötigt eine Stelle, die das Gesamtbild führt, neue Hinweise zusammenzieht und Entscheidungen dokumentiert. Es darf nicht wieder die Lage entstehen, dass viele Behörden etwas wissen, aber niemand dauerhaft für das Ganze verantwortlich ist.

Deradikalisierung darf nicht beruhigen

Obwohl das Violence Prevention Network bereits nach zwei Vorgesprächen Zweifel an seiner Erreichbarkeit, Offenheit und tatsächlichen Veränderungsbereitschaft hatte, sollte erst ein dritter Termin über seine Aufnahme in das Programm entscheiden. Gerade bei einem bekannten islamistischen Hochrisikogefährder erscheint ein solches Verfahren zu langsam und zu stark von der freiwilligen Mitwirkung des Betroffenen abhängig. Deradikalisierungsprogramme können Zugänge schaffen und echte Ausstiegsprozesse begleiten. Sie sind aber keine Sicherheitsgarantie. Ein Islamist kann lernen, was Berater, Richter oder Behörden hören wollen, ohne sein Weltbild aufzugeben zu haben. Entscheidend ist nicht, ob jemand kooperativ wirkt, sondern ob er sich von Gewalt, jihadistischer Ideologie und konkreten Feindbildern gelöst hat. Verherrlicht er weiter Attentäter? Bestehen extremistische Kontakte? Sucht er Tatmittel oder mögliche Ziele? Der Erfolg darf nicht an Gesprächszahlen oder abgeschlossenen Betreuungen gemessen werden. Positive Einschätzungen müssen

durch unabhängige polizeiliche und nachrichtendienstliche Erkenntnisse bestätigt werden. Auch digitales Verhalten, Kontakte und konkrete Feindbilder gehören in die Bewertung. Betreuung ist keine Entwarnung.

Der Einzeltäter ist selten völlig allein

Die Hinweise könnten auf ein „Einzeltäter-plus-Schema“ deuten: ein Täter, der selbst handelt, aber ideologisch, digital, sozial oder transnational nicht isoliert ist. Das „Plus“ kann aus Propaganda, Chatkontakten, Mitwissern oder Helfern bestehen. „Einzeltäter“ beschreibt allenfalls die Tatausführung, nicht den Radikalisierungsweg. Deshalb muss systematisch nach digitalen Kontakten, Reisebewegungen, Geldflüssen, Zweitgeräten und Helferwissen gesucht werden. Auch ein möglicher Bezug zum Irankrieg und zum Libanon bleibt relevant. Internationale Konflikte wirken in Echtzeit auf radikalisierte Milieus ein und können bei ideologisierten Personen eine Tat auslösen oder beschleunigen. Dieser Ermittlungsstrang darf weder vorschnell dramatisiert noch aus politischen Gründen kleingedredet werden.

25 Jahre nach dem 11. September

Am 11. September 2026 jähren sich die Anschläge auf New York und Washington zum 25. Mal. Seitdem wurden Behörden vernetzt und Risikoinstrumente geschaffen. Zugleich hat sich der islamistische Terror verändert: Täter handeln häufiger allein, kurzfristig und mit einfachen Mitteln; ihre Radikalisierung verläuft digital. Geblieben ist ein altes Problem: Der Staat weiß oft viel, ohne rechtzeitig zu handeln. Die Bilanz nach 25 Jahren bemisst sich deshalb nicht an neuen Strukturen, Dateien und Programmen, sondern da-

ran, ob sie im konkreten Fall einen Anschlag verhindern. Der Fall Abdul B. legt nahe, dass zwischen Erkenntnis und Eingriff weiterhin eine gefährliche Lücke besteht.

Was jetzt geändert werden muss

Jeder Hochrisikogefährder benötigt eindeutige Fallführung. Ein hohes RADAR-ITE-Ranking muss operative Prüfungen auslösen. Deradikalisierungsberichte dürfen Wachsamkeit nicht ersetzen. Queere Großveranstaltungen sind als islamistische Symbolziele zu behandeln. Bei Einzeltätern muss nach dem „Plus“ gesucht werden. Islamismus verschwindet nicht, weil man ihn verwaltet. Ein bekannter Gefährder ist noch kein beherrschter Gefährder. Ein Beratungsprogramm ist keine Entwarnung. Die Aufarbeitung muss offenlegen, wo Warnungen versandeten, Bewertungen folgenlos blieben und Verantwortung zerfiel – damit aus erkanntem Islamismus künftig rechtzeitig wirksame Gefahrenabwehr wird. ■



privat

DP-Autor Dr. Florian Hartleb

ist Extremismusexperte. Er lehrt als Assoziierter Professor für internationale Beziehungen an der Modul-Universität Wien.

ANZEIGE

SEAL 6 DM-i TOURING

Bis zu **1.350 km**
Reichweite



SUPER DM-i

Entdecke den BYD SEAL 6 DM-i TOURING:

0% Finanzierung, ab 179 € im Monat*

BYD SEAL 6 DM-i Touring: Energieverbrauch gewichtet kombiniert: 78-11,2 kWh/100 km plus 2,6-1,7 l/100 km; CO₂-Emissionen gewichtet kombiniert: 60-38 g/km; CO₂-Klasse gewichtet kombiniert: B; Kraftstoffverbrauch kombiniert bei entladener Batterie: 4,8-5,0 l/100 km; CO₂-Klasse bei entladener Batterie: C. (Werte nach WLTP).

* Bei den Fahrzeugen handelt es sich um eine Tageszulassung inkl. Überführungskosten. Angebot gilt solange der Vorrat reicht

byd.com/de

HINGESCHAUT

Tobias Ahlert/stock.adobe.com

OBJEKTSCHUTZ

In Forschung

Ihre Aufgabe ist von Routinen geprägt. Doch wenn es darauf ankommt, ist voller Einsatz gefragt.

Dr. Sarah Jadwiga Jahn

„Nichts Spannendes – Objektschutz halt“, wird häufiger gesagt. Objektschutz ist nicht beliebt und gilt als langweilig. Zugleich ist das Bewusstsein, da zu helfen. Die Situation für jüdische Einrichtungen in Deutschland ist gefährlich. Ob in Halle an der Saale, Lübeck, Ulm, Berlin, Essen, Oldenburg oder Cottbus – Angriffe auf Synagogen und jüdische Gemeindezentren finden leider weiterhin in Deutschland statt. Die Gefahr ist präsent. Dies betrifft die Gebäude, aber vor allem die Menschen in den Gebäuden. Laut dem kürzlich vom Zentralrat der Juden in Deutschland veröffentlichten „Lagebild der jüdischen Gemeinden in Deutschland 2026“ sind 45 Prozent der befragten jüdischen Gemeinden von antisemitischen Angriffen betroffen. Im gleichen Lagebild wird auch angegeben, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei zu 91 Prozent als positiv empfunden wird.

Während vor dem Gebäude alles ruhig ist, können in dem Gebäude Telefonanrufe und E-Mails eingehen. Diese wirken womög-

lich bedrohlich. Entgegengenommen von Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in ihrem Alltag Antisemitismus erfahren und in deren eigener Familiengeschichte Verfolgung und Anfeindung normal sind. Jüdische Einrichtungen sollen Schutz bieten, durch Architektur, Technik und auch durch die Präsenz der Polizei. Je nach Perspektive kann die Einschätzung der Sicherheit des Objekts sehr unterschiedlich sein. Im genannten Lagebild des Zentralrats wird angegeben, dass über 90 Prozent der Führungspersonen und Mitarbeitenden in den Gemeinden durch die Sicherheitslage Mehrbelastungen ausgesetzt sind.

Wie kann man die Gebäude, vor allem aber die Menschen darin gut schützen? Diese Fragen werden im Verbundforschungsprojekt „Hiding in plain sight – Sichtbare Architektur und unsichere Juden“ aus der Sicht von Architektur, jüdischen Gemeinden und Polizei erforscht. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) im Rahmen der Förderlinie „Ursachen und Dynamiken des aktuellen Antisemitismus“ gefördert und ist Teil des Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert FoNA21. Im Vorhaben arbeiten die Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa an der Technischen Universität Braunschweig, die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) und der Verein Präsenzen – Netzwerk jüdische Gegenwartsforschung in Kooperation mit dem Tikvah Institut Berlin zusammen. Erstmals werden die relevanten Aspekte für die subjektive und objektive Sicherheit – die Architektur, das Sicherheitsempfinden der Gemeinde sowie der Objektschutz durch die Polizei – zusammen analysiert.

Übergeordnete Forschungsfragen sind:

- ▶ Welche Priorität hat Sicherheit bei der Gestaltung von Synagogen?
- ▶ Wie können Sicherheitserfordernisse umgesetzt werden?
- ▶ Wie empfinden Jüdinnen und Juden Sicherheit in Synagogen?
- ▶ Was ist das polizeiliche Verständnis von Objektschutz in Bezug auf jüdische Einrichtungen?

Ziel des Forschungsverbunds ist die Stärkung der Sicherheit auf mehreren Ebenen durch bessere Abstimmung und mehr Wissen und Verständnis – Sicherheit durch Architektur, Sicherheit von innen, Sicherheit durch Polizei, Sicherheit durch öffentliche Aufmerksamkeit.

„Wir finden Langeweile spannend!“, sagt Natalia Kajzer, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HSPV NRW. Das Teilprojekt beschäftigt sich mit polizeilichen Pers-

pektiven im Kontext von Synagogen und Sicherheit und stellt den Objektschutz in den Fokus. „Uns interessieren die Arbeitsbedingungen, was motiviert und was nervt“, erläutert Kajzer.

Um die verschiedenen Bedingungen für den Objektschutz zu überblicken, wird die Tätigkeit bundesweit vergleichend betrachtet. Wie wird auf die Tätigkeit in der Ausbildung vorbereitet? Welche unterstützen Maßnahmen gibt es durch Fortbildungen? Die ersten Eindrücke im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass die Bedingungen für den Objektschutz sehr unterschiedlich sind. Wie die Situation sich bundesweit darstellt, wird durch Hospitationen und Interviews beforcht.

Aus der Forschung heraus werden konkrete, zielgerichtete und bedarfsorientierte Maßnahmen für die Polizeipraxis und Polizeibildung entwickelt. Im Zentrum steht hier ein Schulungsfilm mit integrierter digitaler Lernumgebung, der im Projekt erarbeitet wird und nach Abschluss den Polizeien frei zur Verfügung steht.

Wir wollen Maßnahmen entwickeln, die den Objektschutz unterstützen und niedrigschwellig genutzt werden können. Deshalb stehen wir gerne im Austausch und werden zu Veranstaltungen einladen. Auch freuen wir uns über Hinweise, wo es bereits gute Maßnahmen gibt.



HSPV NRW

DP-Autorin**Dr. Sarah Jadwiga Jahn**

ist hauptamtliche Dozentin für Ethik und Interkulturelle Kompetenz an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW). Sie ist Projektleiterin im BMBF-Projekt „EMPATHIA³ - Empowering Police Officers and Teachers in Arguing Against Antisemitism“ (2021-2025) und Sprecherin des Institut für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung (IGE) an der HSPV NRW.



Mehr Informationen

WAFFENRECHT UND WAFFENTECHNIK

Für Polizei und Waffenbehörden

Von **Niels Heinrich** und **Jörg-Henning Gerlemann**.

1. Auflage 2024

Umfang: 504 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 109,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0852-6

Dieses Buch bietet einen Überblick über das Waffenrecht und gibt einen umfassenden Einblick in die komplexe Beziehung zwischen Waffenrecht und Waffentechnik.

Der rechtliche Teil zielt darauf ab, Lesern ein vertieftes Verständnis der Materie zu vermitteln, indem es nicht nur das Waffengesetz und die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung behandelt, sondern auch spezifische Gesetze wie das Beschussgesetz, die Beschussverordnung sowie das Waffenregistriergesetz und dessen Durchführungsverordnung. Vom Waffenerwerb bis zu behördlichen Zuständigkeiten werden alle relevanten Aspekte abgedeckt.

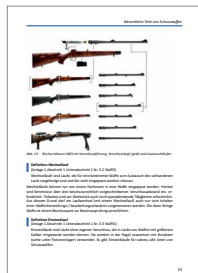
Der technische Teil konzentriert sich auf die Unterscheidung verschiedener Waffen. Hierbei werden nicht nur Schusswaffen, sondern auch andere Waffentypen vom Messer über verbotene Gegenstände bis zu Panzerabwehrwaffen thematisiert und auch durch zahlreiche farbige Abbildungen vorgestellt.



DIE AUTOREN

Niels Heinrich, Kriminaloberrat; stellv. Leiter der Fachlichen Leitstelle Nationales Waffenregister; Waffensachverständiger, ehem. Leiter einer Waffenbehörde sowie Dozent.

Jörg-Henning Gerlemann, Leitender Regierungsdirektor, ehem. Leiter der Fachlichen Leitstelle Nationales Waffenregister war 12 Jahre Waffenrechtsreferent des Landes Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

FÜHRUNG – EINE FRAGE DER HALTUNG!?

Kompass in unsicheren Zeiten

In vergangenen Ausgaben hat DP polizeilichen Expertinnen und Experten für moderne Führung in der Praxis Raum gegeben. Zum vorläufigen Abschluss der Reihe baut DP-Autorin Veronika Lemke ein akademisches Fundament.

Veronika Lemke

Ende der 2010er-Jahre begann sich in der deutschen Polizeilandschaft etwas zu verschieben: weg von der fast ausschließlichen Fokussierung auf Strukturen, Vorschriften und Effizienzkennziffern, hin zu einer stärkeren Aufmerksamkeit für Haltung, Werte und Menschlichkeit in der Führung. Parallel zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in Schlagworten wie VUCA-Welt, New Work oder Individualisierung verdichten, geriet die Frage in den Mittelpunkt, wie Polizei auch intern so geführt werden kann, dass sie ihrem demokratischen Auftrag gerecht wird, als Arbeitgeber attraktiv bleibt und den Menschen in Uniform ebenso in den Blick nimmt wie die Menschen, denen sie dient.

Ausgangspunkt: Gesellschaft im Wandel – Polizei unter Druck

Die Polizei agiert nicht in einer Sonderwelt, sondern als Teil einer von spürbaren Megatrends geprägten Arbeitswelt, darunter Sicherheit, Wissenskultur, Individualisierung, Neo-Ökologie, Gesundheit, Globalisierung, New Work und Konnektivität – jeweils mit konkreten Wirkungen auf Arbeitsbeziehungen, Erwartungen an Führung und organisationales Selbstverständnis.

New Work und Konnektivität verändern etwa Anspruchshaltungen an Flexibilität, Partizipation und Sinnorientierung – auch im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig verändern Individualisierung und Wissenskultur den Blick Beschäftigter auf Autorität, auch wie sie Feedback, Entwicklung und Teilhabe erwarten. Für die Polizei kommen zusätzliche Belastungsfaktoren hinzu: die hohe Einsatzdichte, komplexe Lagen, die gesellschaftliche Polarisierung und eine Öffentlichkeit, die „Polizeifehler“ kritisch, hoch aufmerksam begleitet.

Dies erhöht den Handlungsdruck des Arbeitgebers Polizei. Diese muss ihren demokratischen Auftrag erfüllen und das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen, andererseits will sie im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchs- und Führungskräfte bestehen und die eigene Organisationskultur modernisieren. Führung mutiert zum strategischen Hebel: Bewusst gestaltete Führung erzeugt Attraktivität, schafft Bindung und präsentiert die Leistungsfähigkeit der Organisation.

Führung im Wandel: Vom heroischen Bild zur Haltungsfrage

Während klassisch-hierarchische Modelle stark auf Anordnung, Kontrolle und formale Autorität setzen, betonen neuere Ansätze – unter anderem inspiriert von transformativer, authentischer, werteorientierter oder positiver Führung – Sinn, Beziehung, Entwicklung, Partizipation und Ethik.

Erfolgreiche Führung stellt sich heute nicht mehr primär über starre Rollexerwartungen oder instrumentelle Verhaltensrezepte dar, sondern über die Haltung der Führungsperson. Haltung wird dabei als relativ stabiles, aber veränderbares Bündel aus grundlegenden Überzeugungen, Werten, Menschenbild und Selbstverständnis definiert, das das konkrete Führungsverhalten in unterschiedlichen Situationen prägt.

Was passiert, wenn man die psychologischen Motivations- und Bedürfnistheorien wie die Self-Determination Theory (Kompetenz, Autonomie, soziale Eingebundenheit) und die Konsistenztheorie von Klaus

DP-Autorin Veronika Lemke

ist Polizeibeamtin und Führungskraft im höheren Dienst der Polizei Niedersachsen. Nach Bachelorstudium und verschiedenen Stationen sowie ersten Führungsfunktionen wandte sich die Polizeidirektorin dem Management in der Polizei zu. Nach absolviertem DHPol-Studiengang leitete sie zunächst das Sachgebiet Einsatz in Hannover und wechselte dann in das Niedersächsische Innenministerium. „Führung“ bezeichnet sie als Herzenthema und goss Dieses in eine Doktorarbeit.



Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS

**Die neue Ausgabe ist
ab Mitte Oktober erhältlich!**



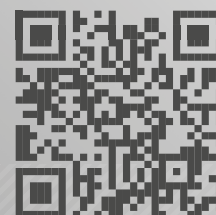
Informationen
zum Abonnement
findest du hier



POLIZEI PRAXIS

online erleben!

www.POLIZEIPRAXIS.de



Grawe (Bindung, Orientierung und Kontrolle, Selbstwerterhöhung und Selbstschutz, Lustgewinn und Unlustvermeidung) zusammenführt? Es zeigt sich, dass eine moderne Führungshaltung dann wirksam wird, wenn sie strukturell dazu beiträgt, diese Grundbedürfnisse von Mitarbeitenden zu erfüllen – und zwar nicht nur punktuell, sondern als konsistenter Orientierungsrahmen des Führungsalltags.

Die polizeiliche Besonderheit: Vom KFS zur modernen Führungshaltung

Über Jahrzehnte prägte das Kooperative Führungssystem (KFS) das Verständnis von Führung und war als verbindliche Norm in der PDV 100 verankert. Kritik an der Zeitgemäßheit des KFS – etwa mit Blick auf mangelnde Einbindung der Mitarbeitendenperspektive oder fehlende Passung zu komplexen Organisationsrealitäten – führte zu Weiterentwicklungsansätzen. Parallel haben sich in einzelnen Ländern – etwa Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – moderne Führungsleitbilder, Anforderungen an Führung und Konzepte „Gute Führung in der Polizei“ herausgebildet. Die stärkere Betonung lag auf: Beteiligung, Wertschätzung, Sinnorientierung, Entwicklung und Gesundheit. Bundesweit mündete die Debatte in die Novellierung der PDV 100. Dort ist seit November 2024 ein neues Führungsverständnis verankert, das hin zu einem stärker menschen- und beteiligungsorientierten Verständnis tendiert.

Forschungsdesign: Expertenwissen und Mitarbeitendenperspektive

Wie kann der bislang wenig erforschte Gegenstand „Führungshaltung in der Polizei“ erschlossen werden?

- ▶ Zunächst durch leitfadengestützte Experteninterviews mit ausgewählten Führungspersönlichkeiten, vornehmlich aus dem Bereich der inneren Sicherheit, mit Blick auf Visionäre, Vorreiter oder besonders erfolgreiche Führungskräfte.
- ▶ Dann eine qualitative Online-Befragung von Mitarbeitenden einer Organisationseinheit der Landespolizei Niedersachsen. Erfasst werden sollte deren Perspektive auf die Wirksamkeit und Alltagstauglichkeit der identifizierten Führungshaltung.

Theoretische Erkenntnisse, Führungspraktiker-Wissen und Rückmeldungen von Mitarbeitenden ergeben das ganzheitliche Bild einer dreidimensionalen Führungshaltung.

Eine zeitgemäße Führungsperson in der Polizei benötigt demnach eine konsistente Haltung:

” Who we are is how we lead

Dr. Brené Brown
US-amerikanische Autorin

1. zu sich selbst (sich selbst führen),
2. zu den Mitarbeitenden (andere führen) und
3. zur Organisation (die Organisation führen).

Haltung zu sich selbst: Selbstführung als Voraussetzung

Die Haltung zu sich selbst umfasst Aspekte wie Selbstreflexion, Achtsamkeit, Authentizität, Integrität, Lernbereitschaft und die Fähigkeit, die eigene Rolle und Machtverantwortung kritisch zu betrachten. Führungskräfte, die sich selbst führen können, kennen ihre Werte, Stärken und Grenzen, sind bereit, Feedback anzunehmen, und nutzen Reflexionsräume, um ihr Handeln zu justieren.

Gerade in einem von Einsatzdichte, öffentlichen Erwartungen und komplexen Lagen geprägten Kontext wie der Polizei wird Selbstführung zum Schutzfaktor – sowohl für die eigene psychische Gesundheit als auch für die Qualität von Entscheidungen. Integrität und Authentizität werden dabei nicht als „weiche“ Zusatzkompetenzen verstanden, sondern als Kern professioneller Führung, die Vertrauen schafft und Orientierung bietet.

Haltung zu Mitarbeitenden: Menschlichkeit, Vertrauen, Entwicklung

Die Haltung gegenüber Mitarbeitenden zeichnet sich durch Wertschätzung, echtes Interesse, Vertrauen, Beteiligungsorientierung und den Willen aus, Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Anstelle eines defizitorientierten Blicks rückt eine ressourcenorientierte Perspektive in den Vordergrund, die auf Stärken, Potenziale und Selbstverantwortung setzt.

Die Auswertung der Materialien verdeutlicht, dass Mitarbeitende vornehmlich folgende Merkmale als Ausdruck moderner Führungshaltung erleben:

- ▶ transparente Kommunikation und Einbindung in Entscheidungen,

- ▶ verlässliche Unterstützung, auch in belastenden Lagen,
- ▶ konsequente, aber faire Rückmeldungen,
- ▶ Förderung von Autonomie und Gestaltungsspielräumen,
- ▶ ein Klima, in dem Fehler als Lernanlässe und nicht primär als Anlass für Schuldzuweisungen behandelt werden.

Haltung zur Organisation: Mitgestaltung statt bloßem Vollzug

Führungskräfte sehen sich nicht nur als Ausführende eines bestehenden Systems, sondern als Mitgestaltende von Strukturen, Kultur und strategischer Ausrichtung.

Moderne Führungshaltung in der Polizei impliziert immer auch eine organisationale Verantwortung:

- ▶ aktive Mitwirkung an der Weiterentwicklung von Führungsleitbildern,
- ▶ Förderung von Dialog- und Beteiligungsformaten,
- ▶ Eintreten für wertekonsistente Entscheidungen auch gegen kurzfristige Effizienzlogiken,
- ▶ Bewusstsein für die Signalwirkung des eigenen Handelns nach innen und außen.

In den Blick gerät die demokratische Dimension polizeilicher Führung: Führungshaltung ist nicht nur ein Mittel zur Mitarbeiterbindung, sondern zugleich ein Beitrag zur Resilienz der demokratischen Ordnung, die Polizei täglich schützt.

Von der Haltung zur Praxis: Erfolgsfaktoren und Umsetzungstools

Eine häufige Kritik an neuen Konzepten ist ihre vermeintliche Praxisferne. Die Dissertation setzt hier bewusst einen Schwerpunkt: Sie arbeitet konkrete Erfolgsfaktoren und Tools heraus, die Führungskräften helfen, eine moderne Haltung im Alltag zu leben – auf Basis der Interviews und Rückmeldungen der Mitarbeitenden.

Zu diesen Erfolgsfaktoren gehören unter anderem:

- ▶ bewusst gestaltete Kommunikations- und Feedbackformate (etwa regelmäßige, strukturierte Mitarbeitergespräche, Vorgesetztenfeedback, Feedforward-Formate),
- ▶ klare Zeitbudgets für Führungsaufgaben, um Präsenz, Gespräche und Reflexion tatsächlich zu ermöglichen,
- ▶ gezielte Personalentwicklung mit Fokus auf Selbstführung, Achtsamkeit, Wertearbeit und Reflexionskompetenz,
- ▶ Werkzeuge zur Stärkung von Teamkultur, Vertrauen und Gemeinschaft (etwa systematischer Umgang mit Dank, Anerkennung, Beteiligung).

Die Arbeit zeigt, dass es nicht am Wissen über gute Führung mangelt – viele Führungskräfte lesen, besuchen Fortbildungen und kennen moderne Konzepte. Entscheidend sei vielmehr die konsequente Implementierung im Alltag: die Übersetzung von Haltung in Routinen, Strukturen und Rituale, die auch dann tragen, wenn „Wind in den Segeln“ aufkommt.

Wirksamkeit in der Praxis: Was eine veränderte Haltung bewirkt

Besonders relevant für die polizeiliche Praxis sind die Ergebnisse zur Wirkung einer veränderten Führungshaltung auf Mitarbeitende und Organisation. Die qualitative Befragung weist darauf hin, dass dort, wo moderne Haltungsmerkmale sichtbar gelebt werden,

- Motivation und Arbeitszufriedenheit steigen,
- Identifikation mit der Organisation zunimmt,
- Eigenverantwortung und Initiative gestärkt werden,
- - das Arbeitsklima als vertrauensvoller und unterstützender erlebt wird.

Vermeintlich „weiche“ Aspekte wie Wertschätzung, Menschlichkeit und Authentizität können harte Effekte auf Leistungsbereitschaft, Bindung und Gesundheitsverlauf haben. Gerade in einer Organisation, in der der Beamtenstatus nicht mehr automatisch Bindung garantiert, wird Führung damit zu einem zentralen Attraktivitätsfaktor.

Zugleich wird deutlich, dass eine moderne Führungshaltung auch organisational transformativ wirkt: Sie stärkt eine Kultur, in der Fehler als Lernanlässe genutzt, Beteiligung ernst genommen und demokratische Werte in der täglichen Führungsarbeit verkörpert werden. In der Summe trägt dies dazu bei, Polizei als lernende, reflektierte und wertebasierte Organisation weiterzuentwickeln.

Anschluss an PDV 100 und aktuelle Führungsdiskurse

Ein besonderer Mehrwert der Dissertation liegt in ihrer engen Verknüpfung mit aktuellen Entwicklungen in der polizeilichen Normsetzung, insbesondere der Novellierung der PDV 100, Ziffer 1.5. Diese enthält ein neues Führungsverständnis, das explizit an moderne Leadership-Konzepte anknüpft und eine stärkere Mitarbeiter- und Werteorientierung fordert.

In der Praxis wird diese Neuerung teilweise kritisch betrachtet – nicht wegen ihrer Zielrichtung, sondern wegen der Frage, wie sie konkret „auf die Straße“ gebracht werden kann. Die Dissertation liefert eine systematische, handlungsnah ausgestaltete der geforderten Führungshaltung in Form einer tabellarischen Übersicht der Haltungsmerkmale in den drei Dimensionen Selbst, Mitarbeitende, Organisation sowie eine Sammlung von Erfolgsfaktoren und Tools zur Umsetzung.

Damit stellt die Dissertation gewissermaßen eine Brücke zwischen der normativen Ebene (PDV 100, Führungsleitbilder, Programme wie das PFM) und dem praktischen Führungsalltag her. Sie zeigt Wege auf, wie das neue Führungsverständnis nicht nur formal implementiert, sondern in konkretes Führungsverhalten übersetzt werden kann – ein Punkt, der in der bisherigen Diskussion immer wieder eingefordert, aber selten so dicht bearbeitet wurde.

„Who we are is how we lead“ – Einladung zur Reflexion

Die Dissertation versteht sich ausdrücklich nicht als weiteres Regelwerk, das von außen auf die Polizei gelegt wird, sondern als Einladung zur Reflexion der eigenen Führungshaltung. Die extrahierten Forschungsergebnisse sollen Führungskräfte ermutigen, nicht noch mehr Theorien zu wälzen, son-

dern „bei sich selbst zu beginnen“ und die eigene Haltung gegenüber sich selbst, den Mitarbeitenden und der Organisation bewusst zu justieren.

Zugleich soll die Frage beantwortet werden, ob es sich lohnt, Zeit und Energie in Führung zu investieren – in die eigene Person ebenso wie in Mitarbeitende. Und ob! Die Investition zahlt sich aus: in Motivation, Bindung, Ergebnisqualität, Organisationskultur und letztlich in einer Polizei, die ihrem demokratischen Auftrag in einer sich wandelnden Gesellschaft gerecht wird.

Vielleicht lässt sich der Kern der Arbeit in einem Gedanken bündeln, der zugleich als Zitat und als Leitlinie verstanden werden kann: Führung in der Polizei ist im 21. Jahrhundert nicht mehr primär eine Frage von Funktionen, Verfahren und Vorschriften, sondern eine Frage der Haltung.

Angesprochen werden also vornehmlich jene polizeilichen Führungspersönlichkeiten, „die den Mut besitzen, gewohnte Pfade zu verlassen und eine zukunftsweisende Organisationskultur zu gestalten“ – und an diejenigen, die bereit sind, Führung nicht länger als reinen Auftrag „von oben“, sondern als persönlichen Beitrag zur Modernisierung der Polizei zu verstehen.

Wenn Sie an Ihre eigene Führungsrolle denken: An welcher der drei Haltungsdimensionen – zu sich selbst, zu den Mitarbeitenden oder zur Organisation – würden Sie ganz persönlich als Erstes ansetzen wollen? ■

Die ISBN zum Buch

978-3-95935-648-0

(erhältlich seit August 2026)

Die ISBN zum PDF-eBook

978-3-95935-649-7

(erscheint einige Zeit später als das Buch)

ANZEIGE

Der VW ID.3 Neo Trend

125 kW (170 PS) 50 kWh

Stromverbrauch kombiniert (WLTP): 14,0 kWh/100 km;
CO₂-Emissionen kombiniert (WLTP): 0 g/km; rein elektrische
Reichweite kombiniert: 417 km; CO₂-Klasse: A



Attraktive Angebote FÜR -MITGLIEDER

Privatkunden-
Leasing!

Jetzt ab
239,- €
monatliche Rate

Inklusive 6.000,- €
E-Auto-Förderung

Bestellfahrzeug

Der VW T-Roc R-Line

1.5 l eTSI OPF 110 kW (150 PS)

Kraftstoffverbrauch kombiniert (WLTP): 5,9 l/100 km;
CO₂-Emissionen kombiniert (WLTP): 133 g/km; CO₂-Klasse: D



Privatkunden-
Leasing!

Jetzt nur
149,- €
monatliche Rate

Bestellfahrzeug

Verschiedene
Varianten möglich!



Jetzt scannen und
weitere Infos, Hinweise
und Bedingungen erhalten.

SCHRÖDER TEAM HOLDING GMBH
Industriestraße 19 · 33689 Bielefeld
schroeder-team.de/angebote/mitglieder-gdp

SCHRÖDER TEAM
UNTERNEHMENSGRUPPE

GdP-Plus
Partnerayvens
SOCIETE GENERALE GROUP

gettyimages

EXKLUSIVE TESLA-LEASINGANGEBOTE

Starke Partnerschaft für moderne Mobilität

Mit Ayvens hat die GdP einen neuen Partner für moderne und nachhaltige Mobilität an ihrer Seite. Mitglieder profitieren von exklusiven Leasingangeboten für vollelektrische Tesla-Fahrzeuge.

Ayvens/VDP/Redaktion

Die Fahrzeuge verbinden moderne Technologie mit hoher Alltagstauglichkeit und bieten Lösungen für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Zum Start der Partnerschaft stehen das Tesla Model 3 und das Tesla Model Y zur Auswahl. Doch wer ist Ayvens, welche Vorteile bietet Leasing und warum lohnt sich der Umstieg auf ein Elektroauto?

Ayvens zählt weltweit zu den führenden Anbietern nachhaltiger Mobilitätslösungen. Mit rund 3 Millionen Fahrzeugen im Bestand und einer starken Position im Bereich Elektromobilität unterstützt Ayvens Privat- und Geschäftskunden bei der Umstellung auf moderne Mobilitätskonzepte. Als Marke der ALD AutoLeasing D GmbH bietet Ayvens in Deutschland unter anderem Leasing, Fuhrparkmanagement und weitere Mobilitätslösungen an. Ferner ist das Unternehmen Teil der Société Générale Gruppe, einem der größten Finanzdienstleister Europas.

Wer ist Tesla?

Tesla gehört zu den bekanntesten Herstellern von Elektrofahrzeugen und hat die Ent-

wicklung der Elektromobilität maßgeblich geprägt. Die Fahrzeuge zeichnen sich durch hohe elektrische Reichweiten, moderne Software und regelmäßige Updates aus. Mit den Superchargern betreibt Tesla zudem eines der größten Schnellladenetze weltweit und erleichtert damit das Laden auf längeren Strecken.

Tesla Model 3

Die vollelektrische Limousine kombiniert hohe Reichweite, effizienten Antrieb und modernes Bedienkonzept. Mit ihrem minimalistischen Innenraum, zentralem Touchscreen und zahlreichen Assistenzsystemen eignet sie sich sowohl für den Arbeitsweg als auch für längere Fahrten.

Tesla Model Y

Das vollelektrische SUV bietet großzügigen Platz, hohen Komfort und vielseitige Einsatzmöglichkeiten. Die erhöhte Sitzposition sorgt für eine gute Übersicht im Straßenverkehr, während der geräumige Innen- und Kofferraum ausreichend Platz für Beruf, Fa-

milie und Freizeit bieten. Damit eignet sich das Model Y besonders für alle, die Wert auf Flexibilität und Alltagstauglichkeit legen.

Was ist Leasing – und warum lohnt es sich für dich?

Leasing bedeutet, dass du ein Fahrzeug für eine festgelegte Laufzeit zu einer monatlich konstanten Rate nutzt, ohne es kaufen zu müssen. Das bietet dir klare Vorteile:

- ▶ Keine hohen Anschaffungskosten wie beim Fahrzeugkauf
- ▶ Planbare Kosten dank fixer Monatsrate über die gesamte Vertragslaufzeit
- ▶ Fahren auf dem neuesten Stand der Technik
- ▶ staatliche Förderungen und steuerliche Vorteile für Elektrofahrzeuge können die Gesamtkosten reduzieren
- ▶ Kein Wiederverkaufsaufwand und kein Restwertrisiko am Ende der Nutzung

Zusätzlich lässt sich dein Leasing individuell gestalten: Eine optionale Sonderzahlung zu Vertragsbeginn kann die monatliche Rate reduzieren. Auf Wunsch können außerdem Wartung und Verschleiß direkt in den Vertrag integriert werden. So profitierst du von zusätzlicher Planungssicherheit und einem bundesweiten Netzwerk an Partnerwerkstätten, die sich zuverlässig um das Fahrzeug kümmern.

Die Vorteile von Elektroautos

Elektrofahrzeuge stehen für eine moderne und nachhaltige Art der Fortbewegung. Sie fahren lokal CO₂-frei, sind deutlich leiser und bieten durch ihr sofort verfügbares Drehmoment ein besonders dynamisches Fahrgefühl. Gleichzeitig sind die Wartungskosten oft geringer, da weniger verschleißanfällige Teile verbaut sind. Damit bist du nicht nur umweltbewusst, sondern auch effizient unterwegs.

Einfacher Vertragsabschluss – komplett digital

Der Weg zu deinem neuen Fahrzeug ist bei Ayvens besonders einfach:

Nachdem du deine Anfrage im Online-shop abgeschickt hast, erfolgt zunächst eine Bonitätsprüfung. Bei einem positiven Ergebnis erhältst du eine E-Mail mit einem Link zur Online-Identifikation. Auch die Vertragsunterzeichnung erfolgt direkt digital. Die weiteren Schritte werden anschließend gemeinsam mit dir abgestimmt.

Die Auslieferung gestaltet sich ebenfalls flexibel: Du kannst dein Fahrzeug an einem der Tesla Standorte in Deutschland abholen – sicherlich ein ganz besonderes Erlebnis!

Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Partnerschaft mit Ayvens und wünschen allen interessierten Mitgliedern viel Freude beim Entdecken der exklusiven Leasingangebote. ■

ZUGRIFF IN SEKUNDEN

DP
DIGITAL

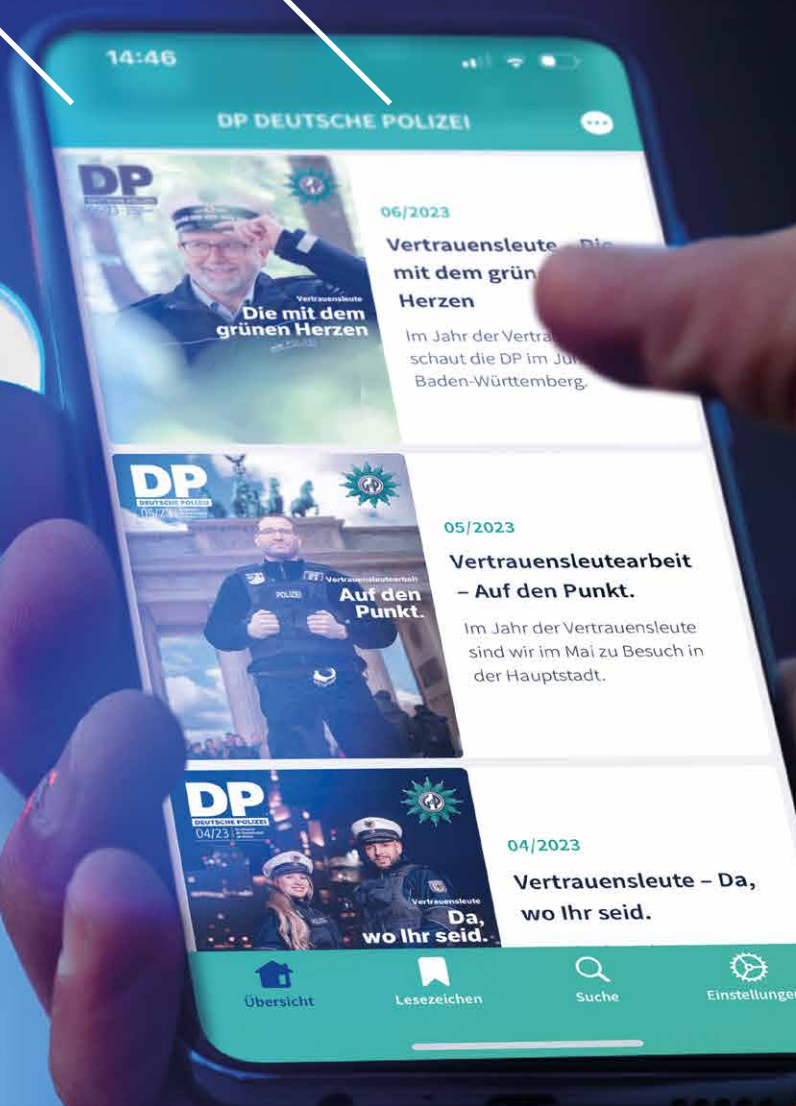
POLIZEI
PRAXIS

DIE
KRIMINALPOLIZEI
Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei • Ausgabe 2/2017

Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI, POLIZEIPRAXIS und DIE KRIMINALPOLIZEI hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.



Laden im
App Store



JETZT BEI
Google Play



Danke!

Die Polizei hilft, wann und wo es nötig ist. Hier bei einem Waldbrand in der Nähe der sächsischen Stadt Plauen Mitte August. Allen Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle ein herzliches Danke fürs Helfen.

Und Eure GdP hilft, wenn es bei Euch mal „brennt“!

DP
DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 9 | 75. Jahrgang 2026
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur

dp@gdp.de

Telefon 030 399921-29400

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

fottoo/ stock.adobe.com & Aksver/stock.adobe.com

Die unter Verfasseramen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In „DP - DEUTSCHE POLIZEI“ veröffentlichte Beiträge werden auf gdp.de, in der App „DP DEUTSCHE POLIZEI“ und gegebenenfalls den sozialen Medien der GdP verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststr. 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-183

Telefax 0211 7104-174

av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

Anzeigenleitung

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenliste Nr. 49 vom 1. Januar 2026.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

166.207 Exemplare

ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT

Geprüfte Auflage

Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Postfach 1452, 47594 Geldern

Telefon 02831 396-0

Telefax 02831 396-89887

av@vdp-polizei.de

Eliane Etmüller, Isabel Lang

Islamismus

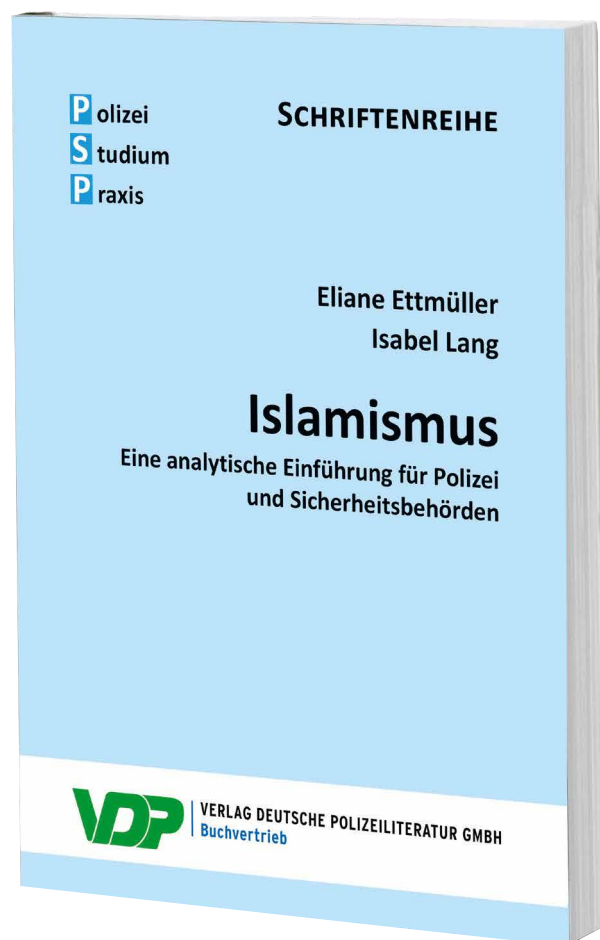
Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

1. Auflage 2024

Umfang: 186 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 22,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0932-5

Dieses Buch bietet einen umfassenden Einblick in den Islamismus, angefangen bei der Definition bis hin zu aktuellen Herausforderungen für Sicherheitsbehörden. Es klärt über die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus auf und beleuchtet dessen ideologische Vielfalt. Wesentliche Merkmale des Islamismus werden detailliert dargestellt. Die Autorinnen gehen zudem auf äußerliche Merkmale ein, die zur Stärkung der islamistischen Gruppenidentität beitragen, und analysieren Gründe für eine Radikalisierung von hauptsächlich jungen Menschen. Sie bieten einen historischen Überblick über den zeitgenössischen Islamismus und dessen Strömungen in Deutschland. Besonderes Augenmerk legen sie auf den Dschihadismus. Drängende aktuelle Phänomene, wie die Online-Aktivitäten von Islamisten und die Rückkehr von IS-Anhängern, werden thematisiert. Das Buch schließt mit Gegenmaßnahmen, Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen, um die Bedrohung durch den Islamismus effektiv zu bekämpfen.



DIE AUTORINNEN

Dr. Eliane Etmüller ist Islam- und Politikwissenschaftlerin an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie berät seit 2018 die hessische Polizei.

Dr. Isabel Lang ist Islamwissenschaftlerin. Sie war von 2019 bis April 2023 für die hessische Polizei tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

DIE NEUEN EINSATZTASCHEN SIND DA!

Verbesserte Ausführung und Qualität

all2 GdP-Einsatzrucksack

Organisiertes Hauptfach mit Unterteilungen, Sichtnetzen und weiteren Reißverschlussfächern. Große Fronttasche mit doppelläufigem Reißverschluss und praktischer Innenaufteilung. Zusätzliche kleine Fronttasche mit GdP-Stern (innen gestickt). Seitliche Flaschentaschen. Ergonomische Rückenverstärkung mit Belüftungssystem. Hochwertig gepolsterte Trageriemen mit integriertem MOLLE-System. Extra-Reißverschlussfach direkt am Tragegriff. Klettfläche zur Anbringung individueller Patches.

Inkl. kleinen Patches POLIZEI und großem Patch POLIZEI.

Nylon 600 D.

34 x 46 x 22 cm.

253288

☀ 49,90 € 54,90 €



all2work

all2 GdP-Einsatztasche

Hauptfach mit herausnehmbaren Raumteilern, GdP-Stern (innen gestickt), individuell in Längs- und Querrichtung unterteilbar, Außenbereich mit fünf Taschen, davon zwei Thermofächer, Klarsichtfenster für Namensschild/Visitenkarte innen im Deckel sowie auf der Vorderseitentasche, abschließbares Wertfach innen im Deckel, Tragegriffe, abnehmbarer, gepolsterter Schulterriemen und gepolsterte Seitenwände, zusätzliche Metallöse rechts für weiteren Karabiner, Einsatzhandschuhe usw. Boden mit rutschfesten Gummifüßen. Inkl. Patch POLIZEI. Nylon 600 D.

26 x 30 x 50 cm / Volumen 39 l.

250488

☀ 49,90 € 54,90 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · osg.gdp-shop@gdp.de
osg.gdp-shop.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

osg.gdp-shop.de